



Stadt Bern



Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten

Gemeindeabstimmung vom 26. November 2017

Tram Bern Ostermundigen:
Ausführungskredit

Sanierung und Erweiterung
Volksschule Burgfeld: Baukredit

Budget 2018 der Stadt Bern

26. 11. 2017

3



Tram Bern Ostermündigen:
Ausführungskredit

25



Sanierung und Erweiterung
Volksschule Burgfeld: Baukredit

39



Budget 2018 der Stadt Bern



Tram Bern Ostermundigen: Ausführungskredit

| | |
|------------------------------------------------------------------|-----------|
| Das Wichtigste auf einen Blick | 5 |
| Die Ausgangslage | 6 |
| Das Projekt | 9 |
| Die Linienführung von Tram Bern Ostermundigen im Überblick | 14 |
| Die neue Tramlinie im Linienverbund | 16 |
| Kosten und Finanzierung | 18 |
| Das sagt der Stadtrat | 21 |
| Beschluss und Abstimmungsfrage | 22 |

Das Wichtigste auf einen Blick

Die Stadt Bern will zusammen mit ihren Projektpartnern den östlichen Ast der Buslinie 10, der Bern mit Ostermundigen verbindet, auf Trambetrieb umstellen. Mit dem Projekt Tram Bern Ostermundigen wird die Transportkapazität dieser Linie stark ausgebaut. Gleichzeitig können der Strassenraum aufgewertet sowie die Werkleitungen erneuert werden. Die Stimmberechtigten befinden mit dieser Vorlage über den Kostenbeitrag der Stadt Bern von 24,9 Millionen Franken.

Die Buslinie 10 von BERNMOBIL (Köniz–Bern–Ostermundigen) ist äusserst stark frequentiert. Trotz eines Fahrplankontakts von drei Minuten zu den Hauptverkehrszeiten sind die Busse häufig überfüllt. Der Busbetrieb stösst immer mehr an seine Grenzen – dies umso mehr, als die Zahl der Fahrgäste auf dieser Linie in den nächsten 20 Jahren weiterhin stark zunehmen wird.

Tram als beste Lösung

Der sich abzeichnende Kapazitätsengpass auf der Linie 10 wurde früh erkannt. Umfassende Abklärungen ergaben, dass zur bestehenden Führung der Linie 10 keine zweckmässige Alternative besteht und nur das Tram die steigende Nachfrage langfristig abdecken kann. Trams können deutlich mehr Fahrgäste befördern als Busse, erhöhen den Fahrkomfort und machen den öffentlichen Verkehr damit attraktiver.

Tram Region Bern abgelehnt

Die Stadt Bern und ihre Projektpartner wollten diese Vorteile nutzen und mit dem Projekt Tram Region Bern die Linie 10 von Bus- auf Trambetrieb umstellen. Dieses Vorhaben konnte jedoch nicht realisiert werden. Die Stimmberechtigten der Stadt Bern stimmten dem Projekt 2014 zwar deutlich zu, in den Gemeinden Ostermundigen und Köniz wurde es jedoch verworfen.

Neues Projekt für Ast Bern–Ostermundigen

Anderthalb Jahre später stimmte die Gemeinde Ostermundigen einer Tramlinie zu. Danach nahm

die Stadt zusammen mit dem Kanton, der Gemeinde Ostermundigen und weiteren Beteiligten die Arbeit am Projekt Tram Bern Ostermundigen auf. Dieses sieht vor, den östlichen Ast der Buslinie 10, der Bern mit Ostermundigen verbindet, auf Trambetrieb umzustellen, wobei die Linienführung identisch ist mit dem Ast Bern–Ostermundigen von Tram Region Bern. Einzig die Ostermundiger Rütli soll ohne Tram erschlossen werden. Mit der Realisierung der Traminfrastruktur werden auch die Strassen und Werkleitungen entlang der Linie erneuert.

Bund und Kanton finanzieren drei Viertel

Die Gesamtkosten für die Realisierung von Tram Bern Ostermundigen belaufen sich auf 244,1 Millionen Franken. Rund drei Viertel werden von Bund und Kanton finanziert. Die Stadt trägt 8,5 Prozent der Gesamtkosten, wobei sie insbesondere für ihren Kostenanteil an Strassenbau und der Sanierung von Abwasseranlagen aufkommt. Hierfür müsste sie in den nächsten Jahren ohnehin etwa 10 Millionen Franken aufwenden. Zum Anteil an den Gesamtkosten kommen stadtspezifische Aufwendungen und die Mehrwertsteuer hinzu. Mit dieser Vorlage befinden die Stimmberechtigten über den städtischen Ausführungskredit von 24,9 Millionen Franken.

Baubeginn ab 2022

Wegen ausstehender Planungsarbeiten in Ostermundigen beginnen die Bauarbeiten nicht vor 2022. Sie dauern voraussichtlich fünf Jahre.



Abstimmungsempfehlung des Stadtrats

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Vorlage anzunehmen.

Die Ausgangslage

Die Kapazitätsgrenzen der Buslinie 10 sind erreicht. Die Zahl der Fahrgäste wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Um die steigende Nachfrage abdecken zu können, soll mit dem Projekt Tram Bern Ostermundigen der Linienast Bern – Ostermundigen auf Trambetrieb umgestellt werden.

Der öffentliche Verkehr ist zentral für die Verkehrserschliessung der Stadt und Region Bern. Dank seinem dichten und komfortablen Angebot ist die Zahl der Fahrgäste in den letzten zwanzig Jahren stark angestiegen. Das ist erfreulich, führt aber vor allem zu den Spitzenzeiten stellenweise zu Kapazitätsengpässen. Insbesondere die Buslinie 10 von BERNMOBIL ist äusserst stark frequentiert: Auf der gesamten Linie 10 werden jährlich rund 16 Millionen Fahrgäste befördert. Allein auf dem Ast Bern – Ostermundigen sind das 8,4 Millionen pro Jahr, in den kritischen Morgen- und Abendstunden pro Richtung bis zu 1300 Fahrgäste. Trotz eines Fahrplankontakts von drei Minuten zu den Hauptverkehrszeiten sind die Busse häufig überfüllt.

Steigende Nachfrage

Ab 2018 ist geplant, dass die Busse auf einem Teil der Strecke in einem Takt von zweieinhalb Minuten verkehren. Diese Massnahme schafft jedoch nur kurzfristig Abhilfe, denn die Prognosen gehen davon aus, dass der Pendlerstrom in den nächsten zwei Jahrzehnten nochmals um rund die Hälfte zunehmen wird. In den Stoss-

zeiten werden zu diesem Zeitpunkt in beiden Richtungen bis zu 2000 Personen unterwegs sein.

Tram Region Bern verworfen

Der sich abzeichnende Kapazitätsengpass auf der Linie 10, die Köniz, Bern und Ostermundigen verbindet, wurde früh erkannt. 2008 wurden im Rahmen einer Zweckmässigkeitsbeurteilung unterschiedliche Linienführungen und Verkehrsmittel umfassend geprüft. Dabei gelangte man zum Schluss, dass ein Trambetrieb auf der bestehenden Linie das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist. Ein Gutachten der ETH Zürich bestätigte dies 2011 und stellte namentlich fest, dass die gewählte Führung auf der bisherigen Linie die einzig zweckmässige Lösung ist. In der Folge wurde das Projekt Tram Region Bern entwickelt, welches eine vollständige Umstellung der Linie 10 von Bus- auf Trambetrieb vorsah. 2014 wurde die Vorlage von den Stimmberechtigten der Stadt Bern angenommen, in den Gemeinden Ostermundigen und Köniz jedoch verworfen. Somit konnte das Projekt nicht realisiert werden.



Überfüllte Busse trotz Dreiminutentakt:
Die Buslinie 10 hat ihre Kapazitätsgrenzen erreicht.

Neuer Anlauf in Ostermundigen

Im April 2016 hiessen die Stimmberechtigten von Ostermundigen einen Rahmenkredit zur Sanierung der Bernstrasse unter gleichzeitiger Realisierung einer Tramlinie gut. Dieser Entscheid führte dazu, dass der Kanton, die Stadt, die Gemeinde Ostermundigen und BERNMOBIL die Arbeiten am neuen Projekt Tram Bern Ostermundigen aufnahmen. Es basiert auf dem früheren Projekt Tram Region Bern und sieht vor, den Ast Bern–Ostermundigen der Linie 10 auf Trambetrieb umzustellen. Einzig die Ostermündiger Rüti soll nicht mit dem Tram erschlossen werden.

Ast Köniz wird nicht weiterverfolgt

Das Projekt Tram Region Bern hatte drei Hauptbestandteile: Die Umstellung der Äste Bern–Köniz und Bern–Ostermundigen der Linie 10 auf Trambetrieb sowie die Verlängerung der Linie 9 von Wabern nach Kleinwabern. Die Umstellung der Linie 10 wurde in den Gemeinden Köniz und Ostermundigen an der Urne verworfen. Hingegen wurde die Verlängerung der Linie 9 von den Stimmberechtigten der Gemeinde Köniz angenommen und soll in den nächsten Jahren realisiert werden. Während in Ostermundigen rasch ein neuer Anlauf für die Realisierung einer Tramlinie erfolgte, wird in Köniz die Umstellung der Linie 10 auf Trambetrieb nicht mehr weiterverfolgt. In den kommenden Jahren soll unter der Federführung der Region Bern-Mittelland für diesen Linienast eine breit angelegte Studie durchgeführt werden, um eine Lösung für die Kapazitätsprobleme zu finden. Das seinerzeitige Teilprojekt zur Umgestaltung des Eigerplatzes wurde ins Projekt Sanierung und Neugestaltung Eigerplatz überführt, welchem die Stimmberechtigten der Stadt Bern im November 2015 zustimmten. Die Bauarbeiten wurden im Herbst 2017 abgeschlossen.

Neue Abklärungen

Um die neue Ausgangslage zu klären, wurde die ursprüngliche Nachfrageprognose durch eine externe Studie überprüft. Die Abklärungen bestätigten die früheren Ergebnisse, wonach die Nachfrage auf dem Ast Bern–Ostermundigen der Linie 10 weiterhin stark zunehmen wird. Gestützt darauf wurde auch der Systemscheid (Tram statt Bus) nochmals überprüft. Das Fazit hierzu ist, dass mit Doppelgelenktrolleybussen die erforderliche Kapazität höchstens bis 2035 sichergestellt werden könnte. Diese Lösung würde zudem voraussetzen, dass auf grossen Teilen der Strecke separate Busspuren eingerichtet werden müssten. Da die Transportkapazität langfristig trotzdem nicht gesichert wäre, würden die Investitionen keinen entsprechenden Nutzen bringen.

Trambetrieb im Vorteil

Moderne Trams sind 42 bis 45 Meter lang und bieten deutlich mehr Transportkapazität als Busse. So würde ein Trambetrieb zwischen Bern und Ostermundigen nicht nur die prognostizierte Nachfrage bis 2035 abdecken, sondern darüber hinaus noch eine Kapazitätsreserve von mindestens 40 Prozent gewährleisten. Sodann bieten Trams den Fahrgästen grösseren Fahrkomfort als Busse: Sie bieten mehr Sitzplätze und sind ruhiger unterwegs. Schliesslich verbessert das Tram den Verkehrsfluss, da es teilweise auf einer eigenen Spur geführt wird und nicht im Zweieinhalbminutentakt verkehrt. Insgesamt wird die neue Tramlinie demnach die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs steigern. Die Stadt erhofft sich damit, dass weitere Pendlerinnen und Pendler vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen.

Synergien nutzen

Mit der Realisierung von Tram Bern Ostermundigen werden auch Strassen und Werkleitungen entlang der Tramlinie erneuert. Dabei können Synergien genutzt und Kosten eingespart werden. So werden der Stadt in nächster Zeit auch ohne Tramlinie Kosten im Umfang von ungefähr 10 Millionen Franken anfallen, da viele Strassen und Abwasseranlagen altersbedingt ohnehin erneuert werden müssen.

Stadt Bern stimmt nochmals ab

Durch die Ablehnung von Tram Region Bern im Jahr 2014 wurde auch der Kreditbeschluss für den städtischen Anteil am Projekt hinfällig. Somit müssen die Stimmberechtigten der Stadt Bern erneut abstimmen und mit dieser Vorlage über den Ausführungskredit für das Projekt Tram Bern Ostermundigen befinden.

Die zweite Tramachse

Mit einer zweiten Tramachse soll der Abschnitt Zytglogge–Hirschengraben vom öffentlichen Verkehr entlastet werden. Zudem soll der Trambetrieb bei Betriebsstörungen oder Bauarbeiten besser aufrechterhalten werden können. Parallel zur Realisierung von Tram Region Bern war auch die Projektierung der zweiten Tramachse vorgesehen. Mit der Ablehnung des Projekts konnte diese Absicht jedoch nicht umgesetzt werden. Die Projektierung wird nun frühestens in der Periode 2022–2025 aufgenommen. Für die Umsetzung dieses eigenständigen Projekts wird den Stimmberechtigten der Stadt Bern zu gegebener Zeit ein Ausführungskredit beantragt. Das Tram Bern Ostermundigen kann auch ohne zweite Tramachse realisiert werden, weil die Linie 12 in die südlichen Gassen verlegt wird und die Zahl der durch die Hauptgasse führenden Linien damit gleich bleibt.

Das Projekt

Das Projekt Tram Bern Ostermundigen umfasst den östlichen Ast der Linie 10. Er soll von Bus- auf Trambetrieb umgestellt werden. Zu diesem Zweck wird ab dem Viktoriaplatz eine neue Tramlinie nach Ostermundigen erstellt. In der Innenstadt sind nur geringfügige Anpassungen nötig.

Auf dem Gebiet der Stadt Bern entspricht das Projekt Tram Bern Ostermundigen vollständig dem Ast Bern–Ostermundigen des früheren Projekts Tram Region Bern (damals Teilprojekt 4). Insbesondere die Linienführung ist hier identisch. Auf dem Gebiet der Gemeinde Ostermundigen weicht das Projekt einzig im Bereich der Rüti vom früheren Projekt ab. Dieser Teil der Strecke wird nicht mit dem Tram, sondern mit dem Bus erschlossen.

Bereich Innenstadt

In der Innenstadt nutzt die Linie 10 das bestehende Tramnetz, weshalb nur geringfügige Anpassungen nötig sind. Um die Markt- und Spitalgasse so weit als möglich vom öffentlichen Verkehr zu entlasten, wird die Linie 12 (Länggasse–Zentrum Paul Klee) in die südlichen Gassen via Bundesplatz verlegt. Dies war bereits beim Tram Region Bern so vorgesehen. Die beiden Äste der Linie 12 werden neu zu verknüpfen sein. Der Abschnitt Bahnhof–Länggasse wird möglicherweise mit der Linie 20 (Bahnhof–Wyler) verbunden, beim Abschnitt Bahnhof–Zentrum Paul Klee ist die Verknüpfung noch abzuklären. Für die neue Führung der Linie 12 werden im Bereich Christoffelgasse/Bundesgasse neue

Fahrleitungen installiert. Auf den Abschnitten Bundesplatz–Kochergasse–Zytglogge (stadtabwärts) und Amthausgasse–Schauplatzgasse (stadtaufwärts) ist ein fahrdrahtloser Betrieb geplant. Es werden Trolleybusse eingesetzt, die kürzere Streckenabschnitte mit Unterstützung von Batterien zurücklegen können. Dadurch müssen beim Bundesplatz keine Leitungen angebracht werden. Zudem wird das Bild der Markt- und Spitalgasse aufgewertet, da dort die Fahrleitungen für die Trolleybusse entfernt werden können.

Bereich Viktoriastrasse

Der Bau der neuen Tramlinie beginnt an der Viktoriastrasse. Der Charakter der Strasse mit der heutigen Strassenbreite bleibt im Wesentlichen unverändert. In beide Richtungen werden mit Ausnahme der Haltestellenbereiche durchgehend Velostreifen angebracht. Auch die Lichtsignalanlage beim Knoten Gotthelfstrasse bleibt bestehen. Da die Werkleitungen zum grössten Teil nicht unter dem Tramtrog verlegt werden können, müssen diese in die Seitenbereiche der Strasse umplatziert werden. Das Strassenniveau wird für die Gleisführung teilweise angepasst, wodurch die Randsteine ersetzt werden



Tram statt Bus: Das Projekt Tram Bern Ostermundigen sieht vor, den östlichen Ast der Linie 10 auf Trambetrieb umzustellen, um über genügend Transportkapazität auf dieser stark frequentierten Linie zu verfügen.

müssen. Auch bei den Haltestellen werden Niveauänderungen vorgenommen. Wegen diesen Anpassungen des Strassenraums muss rund ein Drittel der zurzeit 86 Bäume an der Viktoriastrasse ersetzt werden. Ein weiteres Drittel der Bäume ist krank oder beschädigt und muss auch ohne Tramprojekt in den nächsten 15 Jahren ersetzt werden. Das verbleibende Drittel der Alleebäume soll nach Möglichkeit erhalten werden. Dies gilt insbesondere für diejenigen Bäume, die das Bild der Allee prägen – zum Beispiel die markante Linde beim Sportplatz Spitalacker. Die neuen Bäume werden im bisherigen Abstand zum Strassenrand gepflanzt. Bestehende Lücken in der Allee werden geschlossen. Deshalb werden nach der Realisierung von Tram Bern Ostermundigen an der Viktoriastrasse etwa 115 Bäume stehen, also rund 30 mehr als heute.

Bereich Schönburg

Die Haltestelle Schönburg stadteinwärts wird um rund 100 Meter Richtung Viktoriaplatz verschoben. Wartehalle und Personenunterführung werden zurückgebaut. Dafür wird ein kleiner Platz mit Bänken und Bäumen geschaffen. Die Haltestelle Schönburg stadtauswärts wird Richtung Rosengarten verschoben. Die vom Verkehr stark belastete Kreuzung Schönburg wird auch künftig mittels Lichtsignal gesteuert, ebenso die gleich anschliessende Laubegg-Kreuzung. Auf diese Weise können das Tram bei der Durchfahrt bevorzugt und gleichzeitig der Fluss des gesamten Verkehrs am besten gewährleistet werden.

Die Linienführung

Die künftige Tramlinie verkehrt auf der gleichen Route wie die heutige Buslinie 10 zwischen Bern und Ostermundigen. Diese Linienführung ging 2008 als beste Variante aus der Zweckmässigkeitsbeurteilung hervor. Am Viktoriaplatz zweigt sie vom bestehenden Tramnetz ab und führt über die Viktoriastrasse/Laubeggstrasse zum Rosengarten. Danach biegt sie links in die Ostermundigenstrasse ab, überquert die Autobahn A6 und führt entlang des Schosshaldenfriedhofs zur Haltestelle Waldeck, wo sie die Gemeindegrenze zu Ostermundigen überquert. Dort verläuft die Linie entlang der Bernstrasse, unterquert beim Bahnhof Ostermundigen die Bahnlinie und führt am Knoten Bernstrasse/Zollgasse vorbei zur Wendeschleife. Deren Standort wird sich im Gebiet Waldkurve Rütivald/Oberfeld/Steingrübli befinden. Die genaue Lage wird momentan noch abgeklärt.

Bereich Laubeggstrasse

Auf der vielbefahrenen Laubeggstrasse wird der sicheren Veloführung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Stadteinwärts werden die Velos auf der parallelen Quartierschliessungsstrasse geführt, wodurch die Haltestelle Rosengarten umfahren werden kann. Vor der Kreuzung Schönburg mündet die Velospur wieder in die Laubeggstrasse ein. Stadtauswärts wird eine separate Linksabzweigespur für Velos in die Ostermundigenstrasse geschaffen. Die Velos in



Vom Bahnhof bis zum Viktoriaplatz verläuft die neue Tramlinie auf dem bestehenden Tramnetz. In diesem Bereich sind nur geringfügige Anpassungen nötig.

Richtung Ostermundigen werden so über die Kreuzung geführt, dass sie die Schienen möglichst gefahrlos überqueren können. Um einen flüssigen Betrieb zu gewährleisten, verkehrt das Tram zwischen der Kreuzung Schönburg und der Kreuzung Pulverweg abwechselungsweise in je einer Richtung auf einer eigenen Spur.

Der Veloverkehr

Das Projekt Tram Bern Ostermundigen bringt eine ganze Reihe von Verbesserungen für den Veloverkehr. So sind durchgehende Velospuren von mindestens 1,5 Meter Breite vorgesehen. Um den Strassenquerschnitt auf der Viktoriastrasse nicht zu verändern, wird die geplante Velohauptroute Bern–Ostermundigen auf einer alternativen Route geführt (voraussichtlich via Guisanplatz/Mingerstrasse). Das entsprechende Konzept wurde im Juni 2017 in die Mitwirkung gegeben. Die anschliessende Projektierung erfolgt in einem eigenständigen Verfahren parallel zur Ausführungsplanung des Trams Bern Ostermundigen.

Bereich Ostermundigenstrasse

Auf dem ersten Abschnitt der Ostermundigenstrasse zwischen der Laubeggstrasse und der Kreuzung Pulverweg muss die Strasse höhenmässig angeglichen werden. Während die südliche Alleereihe erhalten werden kann, muss die nördliche Baumreihe erneuert und leicht in Richtung der Siedlung Baumgarten verschoben werden. Der «Schlittelhoger» bei der Siedlung

Baumgarten wird wegen der verlängerten Haltestelle Galgenfeld um wenige Meter nach Westen verschoben. Auch die Lärmschutzwand zwischen Strasse und Siedlung wird verschoben und neu gebaut. Sie wird beidseitig um je rund fünf Meter verlängert. Bei den der Siedlung vorgelagerten Pavillonbauten ist die Lärmschutzwand mit Glaselementen versehen. Stadteinwärts wird statt der bisherigen Fuss- und Veloverkehrsführung eine Velospur auf der Ostermundigenstrasse eingerichtet. Um insbesondere Schülerinnen und Schülern des Bitzius-schulhauses das Linksabbiegen zu vereinfachen, ist auf dem Velostreifen stadteinwärts eine separate Spur zum Abzweigen in die Bitziusstrasse vorgesehen. Die für Fussgängerinnen und Fussgänger wichtige Ampel bei der Haltestelle Galgenfeld wird erhalten. Die Brücke über die Autobahn A6 wird neu gebaut, eine Sanierung hätte bei unverhältnismässig hohen Kosten nur einen beschränkten Nutzen. Die nachfolgende Kreuzung Pulverweg wird neu als Kreisel gestaltet. Dieser ist bei Durchfahrt des Trams lichtsignalgesteuert.

Die Linienverknüpfung

Zurzeit ist noch offen, mit welcher anderen Linie die neue Tramlinie verknüpft werden soll. Naheliegend ist eine Verknüpfung mit der Tramlinie 3 (Bahnhof–Weissenbühl), sodass die Fahrgäste am Bahnhof oder am Eigerplatz auf den Ast Köniz der Linie 10 umsteigen können. Es werden aber auch andere Verknüpfungen geprüft.



Der Bau der neuen Tramlinie beginnt am Viktoria-
platz. Von dort führt die Linie anschliessend
über die Viktoriastrasse (Bild) Richtung Oster-
mundigen.

Die Abwasseranlagen

Im Projektperimeter von Tram Bern Ostermundigen befinden sich viele Werkleitungen, darunter auch viele Abwasseranlagen. Durch die Erstellung der Tramlinie muss der gesamte Strassenraum erneuert werden, was auch die Anpassung eines Grossteils der Abwasseranlagen bedingt. Abwasserleitungen müssen bei künftigen Sanierungsarbeiten zugänglich sein, dürfen also nicht unter dem Tramtrog zu liegen kommen. Zudem darf der Trambetrieb bei allfälligen Sanierungsarbeiten an den Abwasseranlagen nicht unterbrochen werden. Viele Abwasserleitungen haben das Ende ihrer Nutzungsdauer zum Teil bereits erreicht und müssen in den nächsten Jahren so oder so ersetzt werden. Die Stadt Bern als Eigentümerin der Abwasseranlagen kann die Synergien mit dem Projekt Tram Bern Ostermundigen nutzen und das bestehende Abwassernetz erneuern und erweitern.

Bereich Schosshaldenfriedhof

Der alte Haupteingang des Schosshaldenfriedhofs bei der Kreuzung Pulverweg/Ostermundigenstrasse wird neu gestaltet. Besucherinnen und Besucher, die zu Fuss oder mit dem Tram ankommen, werden den Friedhof wieder durch diesen Eingang betreten. Die vorgelagerten Parkplätze werden aufgehoben, die Haltestelle Schosshaldenfriedhof wird direkt neben den Haupteingang verschoben. Damit ist nicht nur der Friedhof besser erreichbar, auch die nördlichen Quartierbereiche Baumgarten und Schönberg-Ost sind besser erschlossen. Die Haltestelle Schosshaldenfriedhof ist in der Fahrbahnmitte platziert, wodurch Autos und Velos die Haltestelle ungehindert passieren können. In der Flucht des Wartebereichs sind stadtauswärts nach der Haltestelle geschützte Bereiche für linksabbiegende Velos vorgesehen.

Bereich Waldeck

Ab der Haltestelle Schosshaldenfriedhof bis zur Haltestelle Waldeck wird das Tram beidseitig auf einem Eigentrassee fahren, wodurch der Fahrplan künftig besser eingehalten werden kann. Zu diesem Zweck muss die Strasse verbreitert werden. Dadurch fällt die heutige Erschliessungsstrasse weg und die Alleen beidseits der Strasse müssen ersetzt werden. In beide Richtungen bestehen durchgehende Velostreifen. Die Parkierung und Erschliessung in diesem Abschnitt muss ebenfalls neu organisiert werden. Für die rund 120 wegfallenden Parkplätze zwischen der Kreuzung Pulverweg/Ostermundigenstrasse und der Gemeindegrenze wird an zwei verkehrsmässig günstigen Standorten im Quartier vollständiger Ersatz geschaffen. Direkt auf der Gemeindegrenze liegt die Haltestelle Waldeck, welche unter anderem das städtische Burgfeldquartier erschliesst. Sie wird vor der als Kreisel gestalteten Waldeck-Kreuzung platziert. Analog zur Haltestelle Schosshaldenfriedhof sind bei der Haltestelle Waldeck geschützte Aufstellbereiche für linksabbiegende Velos vorgesehen.

Der Zeitplan

Die Realisierung von Tram Bern Ostermundigen wird rund fünf Jahre in Anspruch nehmen. Besonders komplex ist der Bauabschnitt Unterführung Bahnhof Ostermundigen. Die SBB erarbeitet zurzeit ein Projekt für die Sanierung des Bahnhofs. Auch die neue Endhaltestelle mit Wendeschleife im Ostermündiger Oberfeld muss noch projektiert werden. Angesichts dieser ausstehenden Planungsarbeiten können die Bauarbeiten für die neue Tramlinie frühestens 2022 aufgenommen werden.

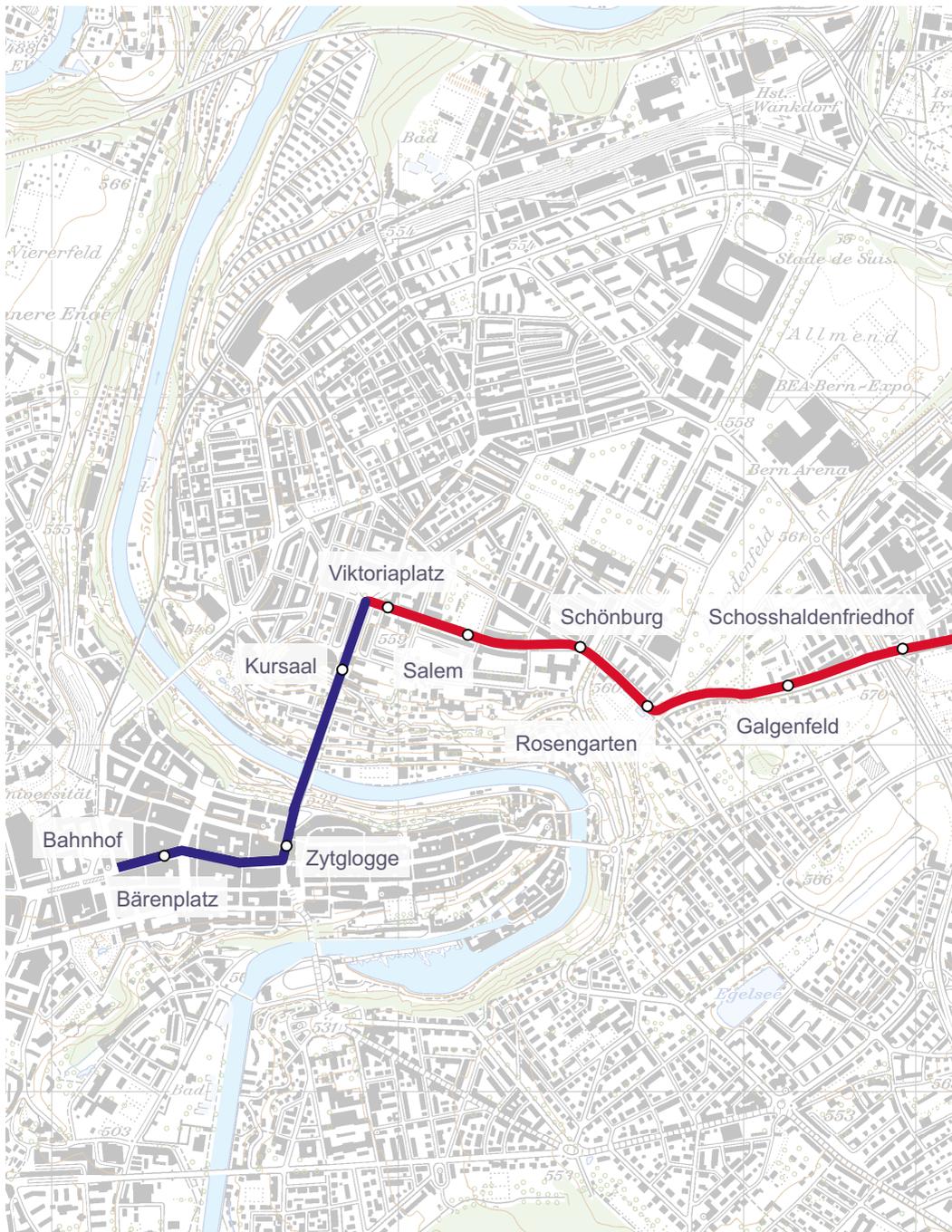
Das Plangenehmigungsverfahren

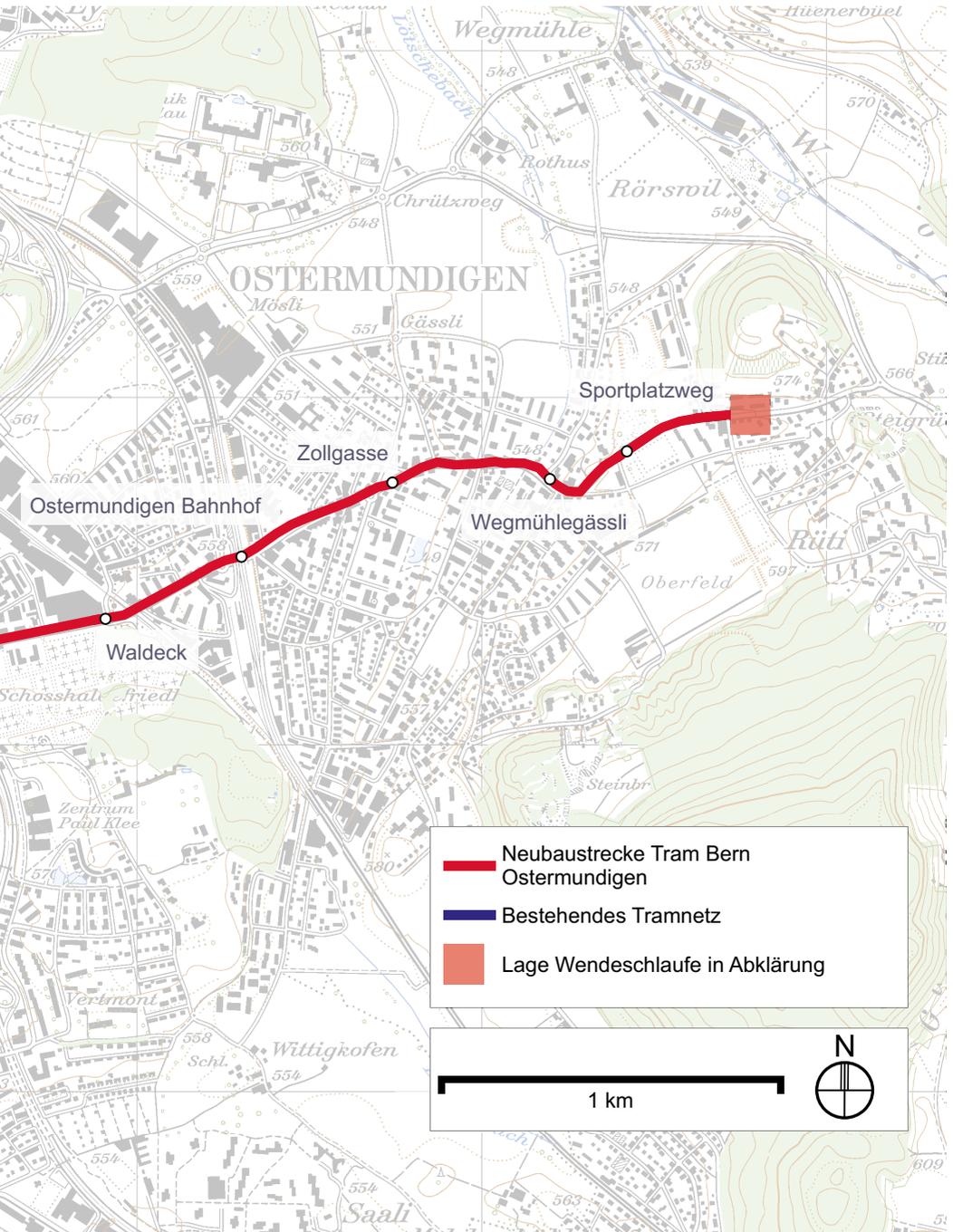
Die Infrastrukturkonzession für eine Tramlinie zwischen Bern und Ostermundigen hat der Bund bereits im Jahr 2012 erteilt. Ausstehend ist noch die Plangenehmigung des Bundesamts für Verkehr. Im Jahr 2013 wurde das Plangenehmigungsverfahren für das Projekt Tram Region Bern gestartet. 2016 wurde es für den Abschnitt Bern–Ostermundigen sistiert. Sobald die Ausführungskredite für das Projekt Tram Bern Ostermundigen bewilligt sind, soll das Plangenehmigungsverfahren für diesen Abschnitt weitergeführt werden.

Der hindernisfreie öffentliche Raum

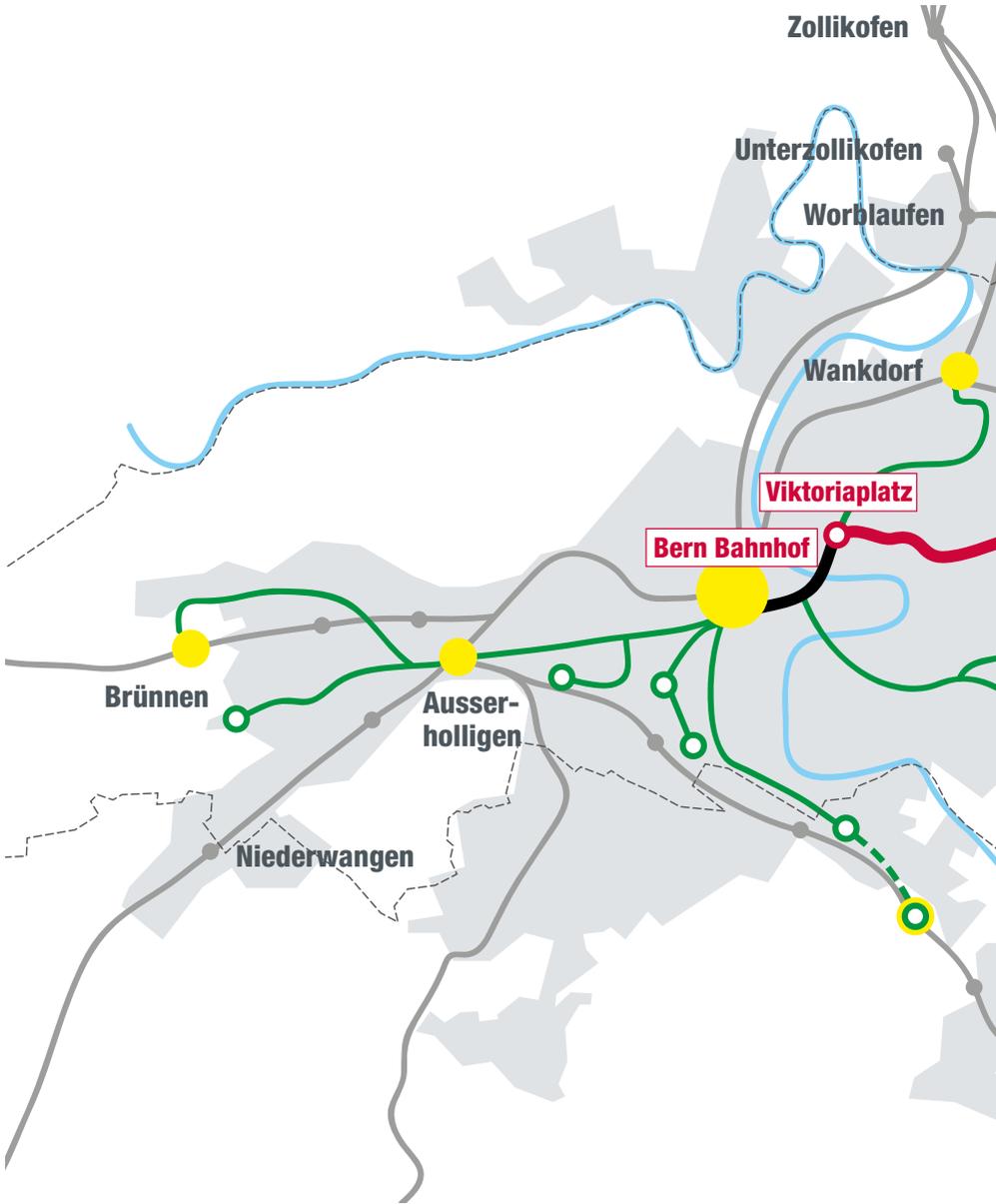
Gemäss dem Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes (BehiG) sind Neu- und Umbauten im öffentlichen Raum grundsätzlich hindernisfrei auszuführen. Dies gilt auch für den öffentlichen Verkehr, welcher hinsichtlich Infrastruktur und Transportmittel bis Ende 2023 vollständig behindertengerecht gestaltet sein muss. Anpassungen im städtischen ÖV sind insbesondere an den Haltestellen vorzunehmen. Der Zugang dazu sowie der Einstieg in das Fahrzeug sollen hindernisfrei ausgestaltet sein. Wichtig ist auch die Umsetzung des sogenannten Zwei-Sinne-Prinzips. Darunter versteht man optische und taktile beziehungsweise akustische Informationen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Sämtliche Vorgaben der Hindernisfreiheit gelten ohne Einschränkungen auch für das Projekt Tram Bern Ostermundigen. Insbesondere werden die Haltestellenkanten so angepasst, dass der Einstieg niveaugleich geschehen kann. Weiter sind zwischen Fahrbahn und Trottoir Randsteinkanten mit einer Mindesthöhe von drei Zentimetern vorgesehen.

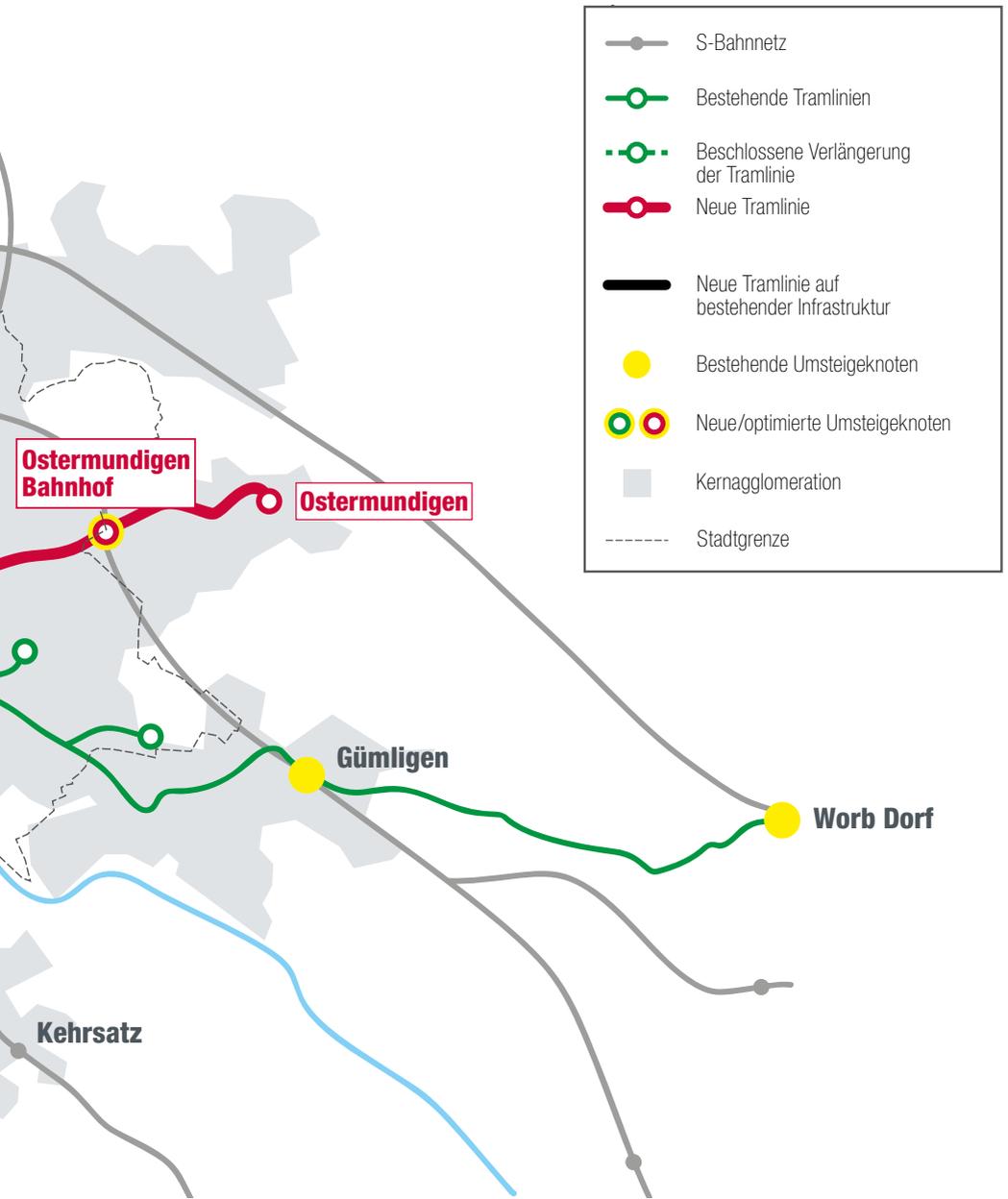
Die Linienführung von Tram Bern Ostermundigen im Überblick





Die neue Tramlinie im Linienverbund





Kosten und Finanzierung

Die Gesamtkosten für die Realisierung von Tram Bern Ostermundigen belaufen sich auf 244,1 Millionen Franken. Der Anteil der Stadt Bern beträgt 20,8 Millionen Franken. Hinzu kommen Kosten für stadtsspezifische Aufwendungen und für die Mehrwertsteuer. Der Ausführungskredit beträgt somit 24,9 Millionen Franken.

Die Kostenverteilung für das Projekt Tram Bern Ostermundigen folgt dem sogenannten «Verursacherprinzip mit Vorteilsanrechnung». Dies bedeutet, dass der Kanton (unterstützt vom Bund) als Träger des öffentlichen Verkehrs vollumfänglich für die Kosten der Traminfrastruktur und die dadurch bedingten Umbauten von Strassen und Erneuerungen von Werkleitungen aufkommt. Die Strassen- und Werkeigentümer beteiligen sich an den Kosten, soweit ihnen ein Vorteil erwächst. Somit muss beispielsweise der Kanton für noch neuwertige Abwasseranlagen vollständig aufkommen, während umgekehrt die Stadt den Ersatz vollständig abgeschriebener Werkleitungen selber übernehmen muss.

Gemeinden bezahlen Strassenbau und Werkleitungen

Mit ihren Beiträgen an die Realisierung von Tram Bern Ostermundigen finanzieren die Gemeinden also nicht den Bau der Tramlinie, sondern kommen nur für die Kosten auf, die ihnen als Eigentümerinnen für die Sanierung und Aufwertung von Strassen, Plätzen und Werkleitungen entstehen. Diese Kosten würden zu einem erheblichen Teil auch ohne Tramprojekt anfallen. Zusätzlich müssen die Gemeinden die Kosten

für die Haltestellen samt Wartehallen übernehmen, weil diese gemäss kantonomer Gesetzgebung eine kommunale Aufgabe sind.

Bund und Kanton finanzieren rund drei Viertel der Realisierungskosten

Die Gesamtkosten für das Projekt Tram Bern Ostermundigen betragen 244,1 Millionen Franken (exklusive Mehrwertsteuer). Sie entsprechen den Kosten des Asts Bern–Ostermundigen von Tram Region Bern, ohne den Abschnitt Rüti zuzüglich der Wendeschleife am neuen Wendepunkt im Oberfeld und zuzüglich der Kosten für die Wiederaufnahme und Aktualisierung des Projekts. Das Diagramm auf der nächsten Seite zeigt, wie sich die Kosten des Gesamtprojekts auf die einzelnen Projektpartner verteilen. Rund drei Viertel der gesamten Realisierungskosten (73,1 Prozent) werden von Bund und Kanton getragen.

Stadt Bern trägt 8,5 Prozent der Realisierungskosten

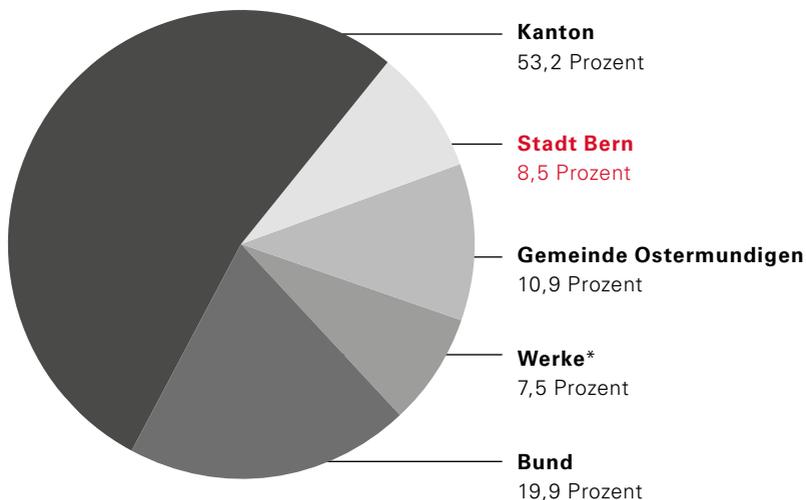
Der Kostenanteil der Stadt Bern an den Realisierungskosten von Tram Bern Ostermundigen beträgt 20,8 Millionen Franken (8,5 Prozent; ohne Mehrwertsteuer). Der Betrag setzt sich zusam-



Der Knoten Ostermundigenstrasse/Pulverweg wird neu als Kreisell gestaltet. Der Haupteingang des Schosshaldenfriedhofs, der sich dort befindet, wird direkt durch die Haltestelle Schosshaldenfriedhof erschlossen.

Kostenanteile nach Projektpartner

(Realisierungskosten total: 244,1 Millionen Franken exkl. Mehrwertsteuer, Bahnteuerungsindex 2012)



*ewb, BKW, Wasserversorgung Region Bern, Swisscom, Cablecom

men aus Anteilen an den Kosten für den Strassenbau und die Erneuerung der Abwasseranlagen. Für die Erneuerung der übrigen Werkleitungen auf Stadtgebiet kommt insbesondere Energie Wasser Bern (ewb) auf. Zum Kostenanteil der Stadt kommen stadtspezifische Kosten im Umfang von 2,3 Millionen Franken hinzu. Darunter fallen zum Beispiel Aufwendungen für die Verlegung der Buslinie 12 in der Innenstadt oder für das stadtspezifische Verkehrsmanagement. Zuzüglich Mehrwertsteuer (1,8 Millionen Franken) beträgt der gesamte Ausführungskredit somit 24,9 Millionen Franken. Davon entfallen 15,6 Millionen Franken auf den allgemeinen, steuerfinanzierten Haushalt. 9,3 Millionen Franken werden über Gebühren finanziert (Sonderrechnung Stadtentwässerung). Etwa 10 Millionen Franken (ohne Mehrwertsteuer) würden der Stadt in den nächsten Jahren für Strassen- und Leitungssanierungen ohnehin anfallen.

Folgekosten für Betrieb und Unterhalt

Der Stadt Bern entstehen durch das Projekt Tram Bern Ostermundigen Betriebsfolgekosten in der Höhe von rund 60 000 Franken pro Jahr. Sie sind unter anderem bedingt durch den Betrieb und Unterhalt von zusätzlichen Verkehrsflächen und Wartehallen. Diese Kosten werden in der Erfolgsrechnung des Tiefbauamts der Stadt Bern berücksichtigt.

Stand der Finanzierung

Die Stimmberechtigten der Stadt Bern befinden sich mit dieser Vorlage über die Finanzierung des städtischen Anteils am Projekt. Den Kostenanteil des Kantons Bern hat der Grosse Rat im Juni 2017 bewilligt. Derjenige des Bundes wurde bereits 2010 mit dem Bundesbeschluss der ersten Generation der Agglomerationsprogramme gesprochen. Die Gemeinde Ostermundigen hat ihren Beitrag im April 2016 bewilligt.

Kostenbeitrag der Stadt Bern (in Franken)

| Art der Kosten | Strassenbau | Abwasseranlagen | Gesamtkosten |
|-------------------------------------------------|----------------------|---------------------|----------------------|
| Verkehrsmanagement | 250 000.00 | 300 000.00 | 550 000.00 |
| Honorare Nebenkosten | 845 000.00 | 1 010 000.00 | 1 855 000.00 |
| Projektierungskredit 1. Tranche | 95 000.00 | 0.00 | 95 000.00 |
| Projektierungskredit 2. Tranche | 450 000.00 | 205 000.00 | 655 000.00 |
| Bahntechnik | 2 685 000.00 | 0.00 | 2 685 000.00 |
| Hochbau | 270 000.00 | 0.00 | 270 000.00 |
| Strassenbau | 4 090 000.00 | 0.00 | 4 090 000.00 |
| Werkleitungen | 1 050 000.00 | 11 400 000.00 | 12 450 000.00 |
| Abzüglich Abwasseranlagen «Dr nöi Breitsch»* | 0.00 | -5 590 000.00 | -5 590 000.00 |
| Baunebenkosten | 1 445 000.00 | 0.00 | 1 445 000.00 |
| Risiko / Unvorhergesehenes | 1 420 000.00 | 875 000.00 | 2 295 000.00 |
| Total Anteil Stadt am Tramprojekt | 12 600 000.00 | 8 200 000.00 | 20 800 000.00 |
| Abwasserbereich | 50 000.00 | 410 000.00 | 460 000.00 |
| Verlegung Buslinie 12, Innenstadt | 30 000.00 | 0.00 | 30 000.00 |
| Sanierungsarbeiten Pulverweg | 200 000.00 | 0.00 | 200 000.00 |
| Stadtspezifisches Verkehrs- management | 350 000.00 | 0.00 | 350 000.00 |
| Lichtsignalanlagen | 650 000.00 | 0.00 | 650 000.00 |
| Koordination und Abklärungen | 423 000.00 | 0.00 | 423 000.00 |
| Kunst im öffentlichen Raum | 143 000.00 | 0.00 | 143 000.00 |
| Projektierungskredit 1. Tranche | 44 000.00 | 0.00 | 44 000.00 |
| Total stadtspezifische Aufwendungen | 1 890 000.00 | 410 000.00 | 2 300 000.00 |
| Gesamtkosten (exkl. Mehrwertsteuer) | 14 490 000.00 | 8 610 000.00 | 23 100 000.00 |
| Mehrwertsteuer | 1 110 000.00 | 690 000.00 | 1 800 000.00 |
| Gesamtkosten (inkl. Mehrwertsteuer) | 15 600 000.00 | 9 300 000.00 | 24 900 000.00 |

*Die Arbeiten an der Abwasseranlage Viktoriastrasse wurden vom Projekt Tram Region Bern ins Projekt «Dr nöi Breitsch» verschoben. Daher verringern sich die Kosten für Tram Bern Ostermündigen um 5,59 Millionen Franken.

Das sagt der Stadtrat

Argumente aus der Stadtratsdebatte

Für die Vorlage

+ Die Tramlinie Bern–Ostermundigen schafft höhere Transportkapazitäten auf der Linie 10. Dadurch werden bestehende Engpässe beseitigt und sichergestellt, dass künftig auch bei steigender Nachfrage ein ausreichendes und attraktives ÖV-Angebot zur Verfügung steht.

+ Ein leistungsfähiger und gut ausgebauter ÖV ist ein wichtiger Standortfaktor für die Stadtregion Bern. Mit dem Tram Bern Ostermundigen wird das Angebot weiter verbessert. Dies fördert die wirtschaftliche Entwicklung der Region und die Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden.

+ Der Kapazitätsausbau des ÖV ist ökologisch sinnvoll. Er schafft bessere Voraussetzungen für die innere Verdichtung bestehender Wohngebiete und wirkt damit einer Verkehrszunahme und einer weiteren Zersiedelung entgegen.

+ Das vorliegende Tramprojekt schneidet gegenüber dem früheren Projekt Tram Region Bern in der Kosten-Nutzen-Analyse besser ab. Die Kosten von 24,9 Millionen Franken für die Stadt sind angemessen, zumal damit auch ohnehin anstehende Sanierungen von Abwasseranlagen und Werkleitungen finanziert werden.

Gegen die Vorlage

- Die Erhöhung der Kapazitäten durch das Tram Bern Ostermundigen führt zu einer zunehmenden Belastung der Innenstadt durch den ÖV. Es fehlt eine Gesamtplanung, die auch Varianten mit Doppelgelenkbussen berücksichtigt und nicht allein auf die maximale Nachfrage in Spitzenzeiten ausgerichtet ist.

- Es ist fraglich, ob die vorgesehene Kapazitätserhöhung auf der Linie 10 tatsächlich notwendig ist, da der geplante Ausbau der S-Bahn im Korridor Ostermundigen voraussichtlich zu einer sinkenden Nachfrage führen wird.

- Das vorliegende Tramprojekt wird der hohen Bedeutung des Baumschutzes nicht gerecht. Bäume sind ein wichtiger Teil des Stadt- und Landschaftsbildes und tragen zum Klimaschutz bei. Deshalb sollten bestehende Alleebäume geschützt werden.

- Eine Tramlinie Bern–Ostermundigen im Mischverkehr und mehrheitlich ohne eigenes Trasse ist problematisch für die übrigen Verkehrsteilnehmer. In dieser Form benachteiligt das Tram den Langsamverkehr gegenüber dem ÖV und dem motorisierten Privatverkehr.



Abstimmungsergebnis im Stadtrat

55 Ja
10 Nein
2 Enthaltungen

Das vollständige Protokoll der Stadtratssitzung vom 31.08.2017 ist einsehbar unter www.ris.bern.ch/sitzungen.aspx

Beschluss und Abstimmungsfrage

Beschluss des Stadtrats vom 31. August 2017

1. Für die Ausführung des Projekts Tram Bern Ostermündigen werden folgende Kredite bewilligt:
 - Fr. 15 600 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I5100429 (Kostenstelle 510110, PG510200) für den Projektbestandteil Strassenbau;
 - Fr. 9 300 000.00 zulasten der Sonderrechnung Stadtentwässerung, Konto I8500242 (Kostenstelle 850200, PG850100) für den Projektbestandteil Siedlungsentwässerung;
 - Beiträge Dritter sind für Abschreibungszwecke zu verwenden.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtratspräsident:
Dr. Christoph Zimmerli

Der Ratssekretär:
Daniel Weber

Abstimmungsfrage

Wollen Sie die Vorlage «Tram Bern Ostermündigen: Ausführungskredit» annehmen?

Haben Sie Fragen zur Vorlage?

Auskunft erteilt das

Generalsekretariat der
Direktion für Tiefbau,
Verkehr und Stadtgrün
Bundesgasse 38
Postfach
3001 Bern

Telefon: 031 321 65 33

E-Mail: tvsv@bern.ch

Sanierung und Erweiterung Volksschule Burgfeld: Baukredit

| | |
|-----------------------------------|-----------|
| Die Fachbegriffe | 26 |
| Das Wichtigste auf einen Blick | 27 |
| Die Ausgangslage | 28 |
| Das Projekt | 30 |
| Kosten und Finanzierung | 35 |
| Das sagt der Stadtrat | 36 |
| Beschluss und Abstimmungsfrage | 37 |



Die Fachbegriffe

Basisstufe

Die Basisstufe umfasst den Kindergarten sowie die erste und zweite Klasse der Primarstufe. In Basisstufenklassen werden Kinder im Alter von vier bis acht Jahren gemeinsam unterrichtet. Der Unterricht orientiert sich am Entwicklungs- und Lernstand der Kinder (und nicht an ihrem Alter) und findet in flexiblen, altersgemischten Lerngruppen statt. Der Übergang von spielerischen Tätigkeiten zum aufgabenorientierten Lernen erfolgt fließend. Die durchmischten Basisstufenklassen stellen erhöhte Anforderungen an das Raumangebot und die Raumgestaltung. Der individuelle Unterricht erfordert grössere und flexibel nutzbare Schulräume.

MINERGIE

MINERGIE ist eine geschützte Marke für nachhaltiges Bauen, welche Neubauten oder Umbauten in Bezug auf Energieeffizienz zertifiziert. An MINERGIE-ECO-Bauten werden zusätzliche Anforderungen punkto Nachhaltigkeit und Gesundheit gestellt. So wird beispielsweise Wert gelegt auf eine umweltfreundliche Herstellung der Baustoffe, auf möglichst schadstofffreie Materialien oder einfach trennbare Verbundstoffe.

Baukostenplan (BKP)

Für die Erstellung von Kostenvoranschlägen, die Vergabe von Arbeiten an Handwerker und die Bauabrechnung erfassen Architekten und Generalplaner alle anfallenden Kosten für ein Bauprojekt im sogenannten Baukostenplan. Er ist in neun Hauptgruppen unterteilt und deckt alle am Bau vorkommenden Arbeitsbereiche ab.

Anlagekosten

Die Anlagekosten sind die Gesamtkosten eines Bauprojekts ohne Kostendachzuschlag für Kostenungenauigkeiten von in der Regel rund zehn Prozent.

Spezialfinanzierung Schulbauten

Die Sanierung der städtischen Schul- und Sportanlagen ist eine wichtige finanzpolitische Aufgabe der kommenden Jahre. Um ausgewählte Bauprojekte in diesem Bereich vorfinanzieren zu können, hat die Stadt eine Spezialfinanzierung eingerichtet. Diese wird durch Ertragsüberschüsse der Jahresrechnungen 2015–2020 ge-
öffnet, wobei der Stadtrat über Einlagen befindet.

I Innere Stadt

II Länggasse, Felsenau

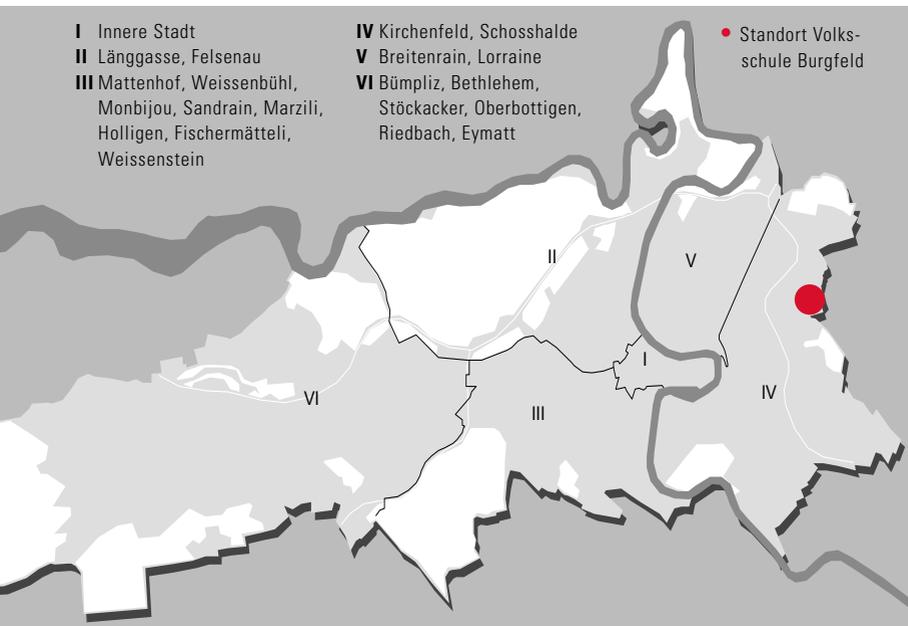
III Mattenhof, Weissenbühl,
Monbijou, Sandrain, Marzili,
Holligen, Fischermätteli,
Weissenstein

IV Kirchenfeld, Schosshalde

V Breitenrain, Lorraine

VI Bümpliz, Bethlehem,
Stöckacker, Oberbottigen,
Riedbach, Eymatt

• Standort Volksschule Burgfeld



Das Wichtigste auf einen Blick

Der Schulstandort Altstadt/Schosshalde benötigt mehr Schulraum. Daher soll die Volksschule Burgfeld saniert und erweitert werden. Das Gemeindehaus Burgfeld wird zur Schulanlage umgestaltet und der benachbarte Kindergarten Kleine Allmend saniert. Die Stimmberechtigten befinden mit dieser Vorlage über den entsprechenden Baukredit von 10,087 Millionen Franken.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler am Schulstandort Altstadt/Schosshalde steigt stark an. Der Schulraum wird knapp, insbesondere die Schulanlage Bitzius stösst immer mehr an ihre Kapazitätsgrenzen. Sie soll daher entlastet werden – so unter anderem durch die Sanierung und Erweiterung der Volksschule Burgfeld.

Zusätzlicher Schulraum

Die Volksschule Burgfeld besteht zurzeit aus dem Kindergarten Kleine Allmend und dem Schulpavillon Burgfeld. In ihren Räumlichkeiten werden eine Kindergartenklasse und eine Mehrjahrgangsklasse für das 1. und 2. Schuljahr unterrichtet. Um das Schulhaus Bitzius entlasten zu können, soll im Burgfeld zusätzlicher Schulraum geschaffen werden. Die Schülerinnen und Schüler werden den Unterricht künftig bis zur sechsten statt wie bisher nur bis zur zweiten Klasse in ihrem Quartier besuchen können.

Sanierung und Erweiterung

Mit dem Bauprojekt wird die Volksschule Burgfeld neu über Räume für zwei Basisstufenklassen, zwei Mehrjahrgangsklassen auf Primarstufe sowie eine Tagesschule verfügen. Dazu wird der Kindergarten Kleine Allmend an der Burgdorfholzstrasse 41 saniert und basisstufentauglich umgestaltet. Am Gebäude werden nur geringfügige Änderungen vorgenommen. Das Gemeindehaus Burgfeld an der Burgdorfholzstrasse 35, das die Stadt Bern im Baurecht erwerben konnte, wird saniert und zur Schulanlage umge-

staltet. Dazu sind kleinere Anpassungen an der Raumstruktur nötig.

Zusammenhängende Schulanlage

Die beiden Gebäude werden zu einer zusammenhängenden Schulanlage erweitert. Durch die Teilspernung des Industriewegs können die beiden Grundstücke optimal verbunden und der benötigte Aussenraum für die Schülerinnen und Schüler sichergestellt werden. Die neue Schulanlage wird dem Energiestandard MINERGIE-ECO für Umbauten entsprechen. Zudem werden die beiden Gebäude hindernisfrei erschlossen.

Pionierhafte Quartierschule

Die Bauarbeiten starten im Frühjahr 2018 und dauern bis im Sommer 2019. Sie sind so etappiert, dass der Schulbetrieb während dieser Zeit normal weiterlaufen kann. Nach ihrer Fertigstellung wird die neue Schulanlage sowohl von der Schule als auch von der Quartierbevölkerung genutzt. Dabei wird ein gleichberechtigtes Nebeneinander angestrebt. Die vielfältige Nutzung der Räume hat in der Stadt Bern Pioniercharakter.

Baukredit zur Genehmigung

Mit dieser Vorlage wird den Stimmberechtigten der Stadt Bern ein Baukredit von 10,087 Millionen Franken beantragt. Darin enthalten sind der Projektierungskredit von 1,25 Millionen Franken sowie die Kosten von 542 000 Franken für den Erwerb des Gemeindehauses im Baurecht.



Abstimmungsempfehlung des Stadtrats

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Vorlage anzunehmen.

Die Ausgangslage

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler am Schulstandort Altstadt/Schosshalde steigt stark an. In den nächsten Jahren stösst die Schulanlage Bitzium an ihre Kapazitätsgrenzen. Durch die Sanierung und Erweiterung der Volksschule Burgfeld soll sie entlastet werden.

Der Schulstandort Altstadt/Schosshalde hat ein grosses Einzugsgebiet und besteht aus den Schulanlagen Matte und Bitzium, dem Pavillon Burgfeld sowie den Kindergärten Fricktreppe, Haspelweg, Baumgarten und Kleine Allmend. In den Siedlungen Schönberg Ost und Baumgarten steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler stark an. Insbesondere die Schulanlage Bitzium stösst daher an ihre Kapazitätsgrenzen. Um eine drohende Überbelegung abzuwenden, soll sie unter anderem durch die Sanierung und Erweiterung der Volksschule Burgfeld entlastet werden.

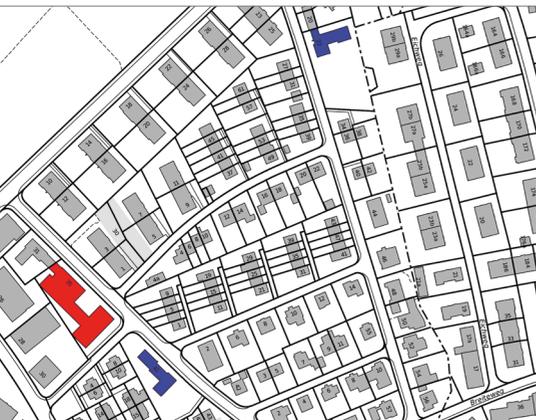
Kurze Schulwege fördern

Der Schulraum im Burgfeldquartier ist zurzeit auf zwei Schulanlagen verteilt, den Kindergarten Kleine Allmend an der Burgdorfholzstrasse 41 und den Schulpavillon Burgfeld an der Biderstrasse 22. In den beiden Schulanlagen werden eine Kindergartenklasse und eine Mehrjahrgangsklasse für das erste und zweite Schuljahr unterrichtet. Ab der dritten Klasse besuchen die Kinder aus dem Burgfeld den Unterricht im Schulhaus Bitzium. Um das Schulhaus zu entlasten, sollen diese Kinder künftig bis zur sechsten Klasse in ihrem Wohnquartier unterrichtet werden.

den. Dadurch entfallen die langen, unattraktiven Schulwege ins Schulhaus Bitzium. Dies entspricht der Schulraumstrategie der Stadt Bern, wonach allen Kindern zumutbare und selbstständig bewältigbare Schulwege ermöglicht werden sollen.

Mehr Schülerinnen und Schüler

Der neue Wohnraum im Gebiet Schönberg Ost hat viele junge Familien ins Quartier gebracht. Dadurch ist auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler angestiegen. Aufgrund der relativ teuren Wohnungen in Schönberg Ost gingen die Prognosen vorerst von einem moderaten Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler aus, welcher mit den Schulraumreserven im Schulhaus Bitzium und dem Schulraum des neu erstellten Doppelkindergartens Haspelweg aufgefangen werden sollte. Unterdessen hat sich gezeigt, dass deutlich mehr kinderreiche Familien ins Quartier gezogen sind. Das hat dazu geführt, dass die Schulanlage Bitzium, welche sowohl die Kinder aus Schönberg Ost als auch diejenigen aus den Quartieren Matte und Burgfeld aufnimmt, mehr und mehr an ihre Kapazitätsgrenzen stösst.



Die Volksschule Burgfeld umfasst zurzeit zwei Schulanlagen: den Schulpavillon Burgfeld an der Biderstrasse 22 (oberes blaues Gebäude) und den Kindergarten Kleine Allmend an der Burgdorfholzstrasse 41 (unteres blaues Gebäude). Das im Baurecht erworbene Gemeindehaus an der Burgdorfholzstrasse 35 (rotes Gebäude) soll zur Schulanlage umgenutzt und mit dem bestehenden Kindergarten verbunden werden. Auf den Schulpavillon Burgfeld kann aus heutiger Sicht künftig verzichtet werden.

Zur Quartierschulanlage ausbauen

Um die genannten Ziele zu erreichen, muss im Burgfeld Schulraum für zwei zusätzliche Klassen geschaffen werden. Er soll einerseits durch die Umnutzung des bisherigen Gemeindehauses an der Burgdorfholzstrasse 35, das von der Stadt Bern im Baurecht erworben werden konnte (siehe Kasten), realisiert werden. Andererseits soll der Kindergarten Kleine Allmend an der Burgdorfholzstrasse 41 räumlich optimiert werden. Mit diesen Massnahmen können die einzelnen Schulgebäude im Quartier zu einer zusammenhängenden Quartierschulanlage zusammengefasst werden, die den Anforderungen eines modernen Schulunterrichts gerecht wird. Auf den Schulpavillon Burgfeld an der Biderstrasse 22 kann aus heutiger Sicht in Zukunft verzichtet werden. Die Planung einer Nachnutzung wird zu gegebener Zeit aufgenommen.

Erwerb im Baurecht

Die Liegenschaft an der Burgdorfholzstrasse 35 wurde 1966 als Gemeindehaus erstellt und gehörte bis anhin zu zwei Dritteln der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchengemeinde Bern und zu einem Drittel der Einwohnergemeinde Bern (Miteigentum). 2016 übernahm die Stadt das gesamte Gebäude im Baurecht. Es kann nun auch für schulische Zwecke genutzt werden. Im Gegenzug hat die Stadt Bern das Grundeigentum gänzlich an die Gesamtkirchengemeinde abgetreten.

Änderung des Zonenplans

Der Kindergarten Kleine Allmend befindet sich heute in der Wohnzone, das Gemeindehaus in der gemischten Zone. Um das Bauvorhaben realisieren zu können, müssen beide Parzellen in die Zone für öffentliche Nutzungen umgezont werden. Der Gemeinderat beschloss diese geringfügige Zonenplanänderung im September 2017. Die öffentliche Auflage fand von September bis Oktober 2017 statt. Die Genehmigung durch das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) steht noch aus.

Gezielte Entlastung

Um das Schulhaus Bitzium zu entlasten, realisiert die Stadt Bern mehrere aufeinander abgestimmte bauliche Massnahmen in der Umgebung. Bereits 2013 wurde der Doppelkindergarten Haspelweg neu erstellt. Die Tagesschule ist seit dem Schuljahr 2016/17 an der Laubeggstrasse 21 untergebracht. Ebenfalls 2016 fertiggestellt wurde die Erweiterung des Kindergartens Baumgarten.

Diese beiden benachbarten Gebäude sollen saniert werden und eine zusammenhängende Schulanlage bilden: der Kindergarten Kleine Allmend (Bild links) und das Gemeindehaus Burgfeld (Bild rechts).



Das Projekt

Mit dem Bauprojekt entsteht im Burgfeld eine zusammenhängende Schulanlage mit Raum für zwei Basisstufenklassen und zwei Primarklassen. Der Kindergarten Kleine Allmend wird saniert und das Gemeindehaus Burgfeld zur Schule umgestaltet. Die Teilspernung des Industriefwegs stellt genügend Aussenraum sicher.

Das Bauprojekt Sanierung und Erweiterung Volksschule Burgfeld sieht folgende Massnahmen vor:

- Sanierung des Kindergartens Kleine Allmend und Umgestaltung zur Basisstufe;
- Sanierung des Gemeindehauses und Umgestaltung zur Quartierschule mit Primarstufenklassen und Tagesschule;
- Teilspernung und Umgestaltung des Industriefwegs, Gestaltung und Aufwertung der Aussenräume.

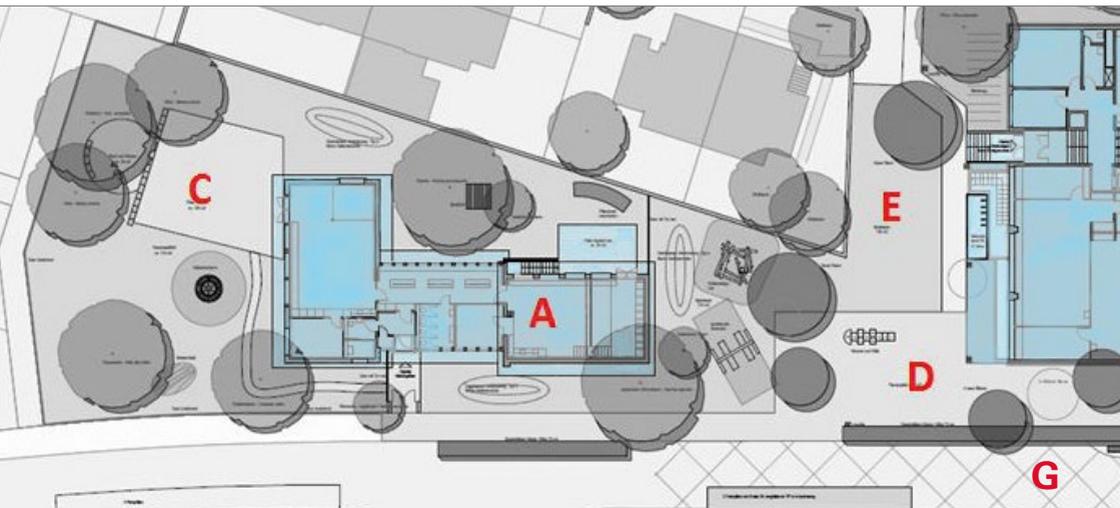
Vom Kindergarten zur Basisstufe

Der Kindergarten Kleine Allmend an der Burgdorfholzstrasse 41 umfasst das Kindergartengebäude und einen grosszügigen Aussenraum. Das Gebäude wurde 1951 erbaut. Heute bietet es Raum für eine Kindergartenklasse, die Tagesschule und einen Bewegungsraum. Seit der Erstellung wurden in unregelmässigen Abständen kleinere Anpassungen und Instandsetzungen vorgenommen. Dennoch ist die gesamte Anlage heute sanierungsbedürftig. Im Entwurf zum

überarbeiteten kantonalen Bauinventar ist das Gebäude als beachtenswert aufgeführt. Bei der Planung wurde deshalb darauf geachtet, dass beim Einbau der beiden Basisstufenklassenzimmer mit Gruppenräumen nur geringfügige Änderungen an der Gebäudestruktur vorgenommen werden. Die beiden Haupträume kommen ohne grosse bauliche Anpassungen aus. Die grösste Veränderung erfolgt bei den Toiletten. Sie werden erweitert und mit einem hindernisfreien WC ergänzt. Die Klassenräume werden mit einer Teeküche ausgestattet und erhalten zusätzliche Wandschränke. Als Rückzugsort für die Kinder wird in jeder Basisstufe ein Hochbett eingebaut. Beide Basisstufen haben direkten Zugang zum angrenzenden Aussenraum.

Vom Gemeindehaus zur Quartierschule

Das Gemeindehaus Burgfeld an der Burgdorfholzstrasse 35 wurde 1966 vom Architekten H. Schenk erbaut und ist nicht denkmalgeschützt. Auch dieses Gebäude soll saniert, von Schadstoffen (Asbest) befreit und an die gel-



tenden Anforderungen in Bezug auf Hindernisfreiheit, Brandschutz und Energieeffizienz angepasst werden. Die Haustechnik wird vollständig erneuert. Für die schulische Nutzung sind kleinere Anpassungen an den Raumstrukturen notwendig – zum Beispiel in Form von neuen Trennwänden oder zusätzlichen Wanddurchbrüchen. Der Aufenthalts- und Arbeitsbereich für die Lehrpersonen, ein Raum für die Integrative Förderung und die Räume für das Gestalten können in den bestehenden Räumen untergebracht werden. Nach dem Umbau wird der mit einer mobilen Trennwand unterteilbare Saal als Mehrzweckraum genutzt. Die Erschliessung des Gebäudes erfolgt weiterhin von der Burgdorfholzstrasse aus. Der bestehende Glockenturm wird abgebaut.

Einbau einer Aufbereitungsküche

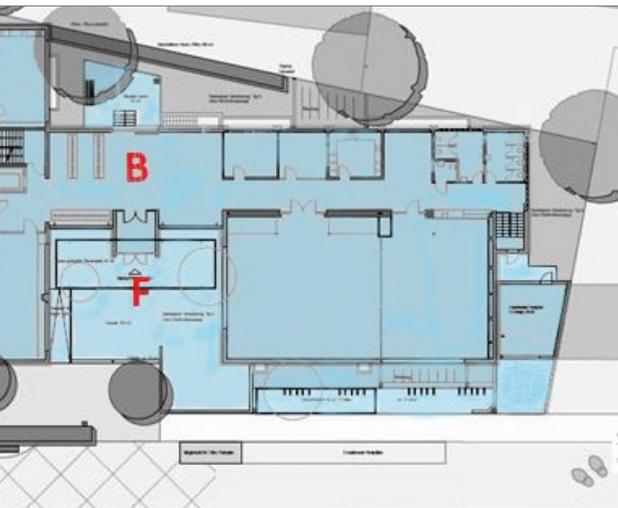
Die Tagesschule der Volksschule Burgfeld ist für 30 bis 35 Kinder konzipiert und wird mit einer Aufbereitungsküche ausgestattet, da Produktionsküchen erst ab einer deutlich grösseren Anzahl Mahlzeiten pro Tag wirtschaftlich betrieben werden können. Wie in jeder städtischen Tagesschule werden in der Küche nebst Geräten für die Aufbereitung der Mahlzeiten auch Geräte für das Kochen und Backen mit den Kindern zur Verfügung stehen.

Vielfältige Nutzung

Im Gemeindehaus befinden sich heute eine Spielgruppe, Büroräume für die Kirchgemeinde, ein Jugendraum sowie zwei Wohnungen. Sie bleiben nach dem Umbau an ihrem ursprünglichen Standort erhalten. Interessierten Vereinen stehen in der neuen Schulanlage weiterhin Sitzungsräume zur Verfügung. Die parallele Nutzung durch Schule und Quartierbevölkerung wird im Rahmen eines Betriebskonzepts verbindlich geregelt.

Zeitgemässe Energieversorgung

Sowohl der Kindergarten als auch das Gemeindehaus werden gemäss dem Energiestandard MINERGIE-ECO für Umbauten saniert. Abklärungen im Rahmen des Vorprojekts ergaben, dass sich Erdsonden am besten für die Wärmeerzeugung am Standort eignen. Auf zwei der drei Flachdachflächen des Gemeindehauses wird eine Photovoltaikanlage installiert. Die Kosten werden von Energie Wasser Bern (ewb) übernommen und sind daher nicht im Baukredit eingerechnet. Die dritte Flachdachfläche sowie sämtliche Dachflächen des Kindergartens werden durch die bestehenden Bäume stark beschattet, sodass Photovoltaikanlagen nicht wirtschaftlich betrieben werden können.



Nach der Sanierung und Erweiterung der Volksschule Burgfeld umfasst die neue Schulanlage folgende Bereiche:

- A Basisstufen (bisheriger Kindergarten)
- B Quartierschule (bisheriges Gemeindehaus)
- C Aussenraum Basisstufen
- D Pausenraum
- E Rasenplatz (auf teilgesperrtem Industrierweg)
- F Gedeckter Pausenplatz
- G Begegnungszone

Behindertengerechte Schulanlage

Das heutige Gemeindehaus verfügt weder über einen hindernisfreien Zugang noch über einen Lift. Um die Situation für Menschen mit Behinderungen zu verbessern, wird daher der Zugang zum Gebäude hindernisfrei gestaltet und ein Aufzug eingebaut, der sämtliche Geschosse erschliesst. Zudem wird die Umgebung an die Bedürfnisse dieser Zielgruppe angepasst und entsprechend neu gestaltet. Die Gestaltung der Innenräume beider Gebäude erfolgt nach den Vorgaben für hindernisfreies Bauen. Diese decken auch die Bedürfnisse von Seh- und Hörbehinderten ab.

Teilspernung des Industriewegs

Durch die Teilspernung des Industriewegs zwischen Kindergarten und Gemeindehaus können die beiden Liegenschaften zu einer gemeinsamen Schulanlage zusammengeführt werden. Mit dieser Massnahme wird zudem sichergestellt, dass den Schülerinnen und Schülern genügend Aussenfläche als Pausen- und Spielraum zur Verfügung steht. Nach vollzogener Teilspernung des Industriewegs bleiben alle über diesen Weg erschlossenen Parzellen über den Zentweg erreichbar. Der Zugang zu den beiden Schulgebäuden wird durch die Sperrung nicht tangiert, da dieser von der Burgdorfholzstrasse her beziehungsweise über einen Fussweg von der Parzelle des Kindergartens her erfolgt.

Abstellplätze für Auto, Velo und Tretroller

Zurzeit steht für das Gemeindehaus ein Parkplatz im Garagenanbau zur Verfügung. Neu wird ein zusätzliches Parkfeld entlang der Burgdorfholzstrasse und in direkter Nähe zum Eingang erstellt. Damit verfügt die Quartierschule künftig

über einen hindernisfreien Parkplatz. Die Teilspernung und Umgestaltung des Industriewegs zum Pausenplatz hat zur Folge, dass fünf öffentliche Parkplätze aufgehoben werden. Zur Kompensation können drei zusätzliche öffentliche Parkplätze entlang der Burgdorfholzstrasse erstellt werden. Den Schülerinnen und Schülern werden 40 Veloabstellplätze zur Verfügung stehen – 22 überdachte und 18 nicht überdachte Plätze, die auch zum Abstellen von Tretrollern benutzt werden können.

Begegnungszone

Die Schulanlage liegt in einer Begegnungszone. Der Strassenraum ist mit grünen Linien markiert, das Tempo des Verkehrs auf 20 Stundenkilometer beschränkt. Die Fussgängerinnen und Fussgänger haben in diesem Strassenbereich Vortritt gegenüber dem übrigen Verkehr. Somit können sich die Schülerinnen und Schüler überall frei und sicher bewegen.

Aufgewerteter Aussenraum

Der Aussenraum der Schulanlage wird an die heutigen Anforderungen des Schulunterrichts angepasst. Den beiden Basisstufenklassen steht der bestehende grosszügige Aussenraum des Kindergartens zur Verfügung. Dieser weist bereits heute eine sehr hohe Qualität auf und wird lediglich mit einer zusätzlichen Asphaltfläche westlich des Gebäudes ergänzt. Der Aussenbereich für die zwei Primarklassen umfasst die Fläche zwischen dem Kindergartengebäude und der Südostseite des Gemeindehauses. Dieser besteht aus einem offenen Spielrasen, einem durch Bäume und Hecken gefassten Grünbereich mit Schaukel und Kletterelementen

sowie einem Pausenplatz entlang der Burgdorfholzstrasse. Der Pausenplatz erstreckt sich weiter bis zum nordostseitigen Haupteingang der neuen Quartierschule. Auf dem Vorplatz bietet ein neues Vordach Schutz vor Regen und Sonne. Insgesamt werden auf dem Areal sechs Bäume gefällt und sechs neu gepflanzt. Der gesamte Aussenbereich wird gestalterisch wie ökologisch aufgewertet und bietet den Schülerinnen und Schülern vielseitige Möglichkeiten zum Spielen und Verweilen. Die Grünbereiche werden entsprechend dem städtischen Konzept für Biodiversität geplant, welches unter anderem 15 Prozent naturnahe Bepflanzung fordert.

Umbau in zwei Etappen

Die Bauarbeiten beginnen im Frühjahr 2018 und dauern bis im Sommer 2019. Zuerst werden das Gemeindehaus umgebaut und der Aussenraum gestaltet, danach der Kindergarten saniert. Dank dieser Etappierung der Arbeiten kann auf ein Schulprovisorium verzichtet werden. Der Schulbetrieb des Kindergartens wird nach Fertigstellung der ersten Etappe in die neue Quartierschule verlegt. Nach Beendigung der zweiten Bauphase kann der Betrieb des Kindergartens wieder zurückverlegt werden und die beiden Klassen aus dem Pavillon Burgfeld können die Quartierschule beziehen. Ist die neue Schulanlage bezogen, kann voraussichtlich in einem nächsten Schritt der bisherige Schulpavillon Burgfeld aufgelöst werden.

Frühe und breite Mitwirkung

Die parallele Nutzung des Gemeindehauses Burgfeld durch Schule und Quartierbevölkerung hat in der Stadt Bern Pioniercharakter. Es wird ein gleichberechtigtes Nebeneinander angestrebt. Aufgrund des grossen Interesses am Projekt wurden Bevölkerung und ansässige Quartiervereine bereits früh in die Projektierung einbezogen. Im Frühjahr 2016 wurde ein Mitwirkungsverfahren für die Mitbenutzung der Schulräume durch Dritte organisiert. Im Sommer des gleichen Jahres fand an sieben Halbtagen ein Mitwirkungs-labor statt, zudem wurde das Projektleitungsteam mit einer Quartiervertretung erweitert. Ein halbes Jahr später wurde der Quartierbevölkerung der planerische Zwischenstand zur Stellungnahme unterbreitet. Auch während der Realisierungsphase sollen die Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner aktiv miteinbezogen werden.

Die Räumlichkeiten des heutigen Kindergartens Kleine Allmend sind sanierungsbedürftig und werden im Zuge des Bauprojekts basisstufengerecht umgestaltet.



Übersichtsplan



Orthofoto © Stadt Bern

Gemeindehaus
Burgdorfholzstrasse 35

Teilspernung
Industrieweg

Kindergarten
Kleine Allmend
Burgdorfholzstrasse 41

Kosten und Finanzierung

Die Anlagekosten für die Sanierung und Erweiterung der Volksschule Burgfeld belaufen sich gemäss Baukostenplan auf 9,337 Millionen Franken. Hinzu kommt ein Kostendachzuschlag von 750 000 Franken. Das Kostendach beträgt somit 10,087 Millionen Franken.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die Baukosten für die Sanierung und Erweiterung der Volksschule Burgfeld auf die Kostenpositionen gemäss Baukostenplan verteilen. Im Baukredit enthalten sind der Projektierungskredit von 1,25 Millionen Franken sowie die Kosten von 542 000 Franken für den Erwerb des Gemeindehauses im Baurecht. Die Kosten für die Umnutzung des Gemeindehauses betragen 7,79 Millionen Franken, diejenigen für die Sanierung des Kindergartens 1,547 Millionen Franken. Um allfällige Kostenungenauigkeiten auffangen zu können, wird zusätzlich zu den Anlagekosten ein Kostendachzuschlag von 750 000 Franken eingerechnet.

Die Analyse zeigt, dass sich die Kosten des Projekts in einem vertretbaren Rahmen bewegen. Sowohl die Gebäudekosten des umgenutzten Gemeindehauses als auch diejenigen des sanierten Kindergartens liegen im Vergleich mit

anderen, bereits realisierten Projekten leicht unter dem Durchschnitt. Durch die Erweiterung und Sanierung der Volksschule Burgfeld fallen künftig zusätzliche Raumkosten für das Schulamt von 317 839 Franken pro Jahr an. Sollte in Zukunft auf den bestehenden Schulpavillon Burgfeld verzichtet werden, vermindern sich die Raumkosten jährlich um 71 941 Franken.

Für das Projekt Sanierung und Erweiterung Volksschule Burgfeld werden in der Spezialfinanzierung Schulbauten (siehe Fachbegriffe) 2 521 750 Franken reserviert. Dieser Betrag wird zur Teilfinanzierung der Abschreibungen eingesetzt. Ab der Inbetriebnahme der neuen Schulanlage wird er während 25 Jahren als ausserordentlicher Ertrag zugunsten der Erfolgsrechnung aufgelöst. Das führt zu einer jährlichen Entlastung der Erfolgsrechnung von 100 870 Franken.

Baukosten (gemäss Baukostenplan BKP)

| | | Fr. |
|-------------------------------|--------------------------------------------------------------|----------------------|
| BKP 0 | Grundstück (Erwerb im Baurecht) | 542 000.00 |
| BKP 1 | Vorbereitungsarbeiten | 255 000.00 |
| BKP 2 | Gebäude | 6 365 000.00 |
| BKP 3 | Betriebseinrichtungen | 45 000.00 |
| BKP 4 | Umgebungsarbeiten | 595 000.00 |
| BKP 5 | Baunebenkosten (inklusive Bauherrenhonorare und Reserven) | 1 300 000.00 |
| BKP 9 | Ausstattung | 235 000.00 |
| Total Anlagekosten | | 9 337 000.00 |
| Kostendachzuschlag | (10 Prozent auf BKP 1–4 und BKP 9) | 750 000.00 |
| Baukredit (Kostendach) | | 10 087 000.00 |

Das sagt der Stadtrat

Argumente aus der Stadtratsdebatte

Für die Vorlage

+ Die Erweiterung der Volksschule Burgfeld ist notwendig, um den zusätzlichen Bedarf an Schulraum zu decken. Die geplante Konzentration der Schulanlage an einem Standort führt dazu, dass die Schulwege kürzer und sicherer werden und die Kinder länger im Quartier zur Schule gehen können.

+ Mit der Sanierung und Erweiterung der Schulanlage wird ein grosser Aussenraum geschaffen, der vielfältige Nutzungsformen zulässt und den Bedürfnissen der Kinder entspricht. Ein Teil der Aussenraumfläche wird naturnah gestaltet werden und einheimischen Pflanzen und Tieren zur Verfügung stehen.

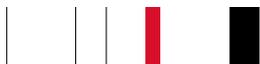
+ Mit dem Ausbau der Schulanlage entsteht ein Quartierzentrum mit Jugendraum, Quartierwerkstatt, Spielgruppe sowie Schul- und Tages- schulbetrieb. Die vielfältige Nutzung ist das Ergebnis einer breiten Mitwirkung im Quartier und entspricht den Bedürfnissen der Bevölkerung.

+ Mit der Sanierung wird die Schulanlage energetisch aufgewertet. Der gesamte Energiebedarf wird durch den Umbau nach MINERGIE-ECO-Standard gesenkt und auf dem Dach des jetzigen Gemeindehauses eine Photovoltaikanlage installiert.

Gegen die Vorlage

- Die Kosten für die Sanierung der Schulanlage Burgfeld sind im Verhältnis zu ihrem Nutzen zu hoch. Ein Abriss des bestehenden Gemeindehauses hätte es ermöglicht, mehr zusätzlichen Schulraum zu schaffen, von dem das Quartier auch langfristig profitiert.

- Die vorgesehene Teilspernung des Industriewegs ist nicht sinnvoll und gefährdet die Realisierung des Projekts durch Einsprachen. Stattdessen sollte der betreffende Abschnitt nur temporär zu Pausenzeiten gesperrt werden.



Abstimmungsergebnis im Stadtrat

61 Ja
6 Nein
1 Enthaltung

Das vollständige Protokoll der Stadtratssitzung vom 14.09.2017 ist einsehbar unter www.ris.bern.ch/sitzungen.aspx

Beschluss und Abstimmungsfrage

Beschluss des Stadtrats vom 14. September 2017

1. Für den Umbau und die Sanierung der Volksschule Burgfeld wird ein Baukredit von Fr. 10 087 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB14-016, bewilligt. Der Projektierungskredit von Fr. 1 250 000.00 sowie der Erwerb im Baurecht von Fr. 542 000.00 sind im Baukredit enthalten.
2. Zur teilweisen Finanzierung der Abschreibungen der Sanierung und Erweiterung der Volksschule Burgfeld werden Fr. 2 521 750.00 in der Spezialfinanzierung Schulbauten reserviert. Ab Inbetriebnahme werden während 25 Jahren jährlich Fr. 100 870.00 der Spezialfinanzierung entnommen.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtratspräsident:
Dr. Christoph Zimmerli

Der Ratssekretär:
Daniel Weber

Abstimmungsfrage

Wollen Sie die Vorlage «Sanierung und Erweiterung Volksschule Burgfeld: Baukredit» annehmen?

Haben Sie Fragen zur Vorlage?

Auskunft erteilt

Hochbau Stadt Bern
Bundesgasse 33
3011 Bern

Telefon: 031 321 66 11
E-Mail: hochbau@bern.ch



Budget 2018 der Stadt Bern

| | |
|-----------------------------------|----|
| Die Fachbegriffe | 40 |
| Das Wichtigste auf einen Blick | 41 |
| Die Ausgangslage | 42 |
| Das Budget 2018 im Überblick | 43 |
| Die Globalbudgets der Direktionen | 47 |
| Die Sonderrechnungen | 51 |
| Ausblick und Finanzplan 2019–2021 | 52 |
| Das sagt der Stadtrat | 54 |
| Beschluss und Abstimmungsfrage | 55 |

Die Fachbegriffe

Budget

Das Budget hält die zu erwartenden Aufwendungen und Erträge für ein Rechnungsjahr fest. Die Stadt Bern erfüllt ihre Aufgaben nach dem Grundsatz der wirkungsorientierten Verwaltungsführung und erstellt daher jedes Jahr ein sogenanntes Produktgruppen-Budget. Darin werden die Kosten und Erlöse nach Direktionen, Dienststellen, Produktgruppen und Produkten zusammengefasst.

Globalkredit

Zentrale Steuerungsgrösse innerhalb des Budgets ist der Globalkredit, der pro Dienststelle festgelegt wird. Globalkredite decken Konsumausgaben ab, die während eines Rechnungsjahres anfallen, und bilden für diese Konsumausgaben einen hinreichenden Kreditbeschluss. Dadurch erhalten die Dienststellen einen gewissen Spielraum bei der späteren Aufgabenerfüllung. Eine Dienststelle führt in der Regel mehrere Produktgruppen, die einzelne Produkte enthalten. Je Produktgruppe werden im Budget Ziele, Steuerungsvorgaben sowie Kennzahlen festgelegt.

Allgemeiner Haushalt

Der Allgemeine Haushalt der Stadt Bern umfasst die Globalbudgets der Dienststellen und ist unterteilt in die Bereiche Gemeinde und Behörden / Präsidialdirektion / Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie / Direktion für Bildung, Soziales und Sport / Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün sowie Direktion für Finanzen, Personal und Informatik.

Sonderrechnung

Sonderrechnungen werden unabhängig vom Allgemeinen Haushalt in separaten Rechnungskreisen abgewickelt. Die Stadt Bern führt die vier Sonderrechnungen Tierpark, Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, Stadtentwässerung sowie Entsorgung + Recycling. Die beiden letzten sind gebührenfinanzierte Sonderrechnungen und dürfen keine Steuergelder verwenden.

Spezialfinanzierung

Spezialfinanzierungen sind zweckgebundene Mittel zur Erfüllung einer bestimmten öffentlichen Aufgabe und gehören zum Eigenkapital. Mit einer Spezialfinanzierung werden Mittel für eine bestimmte Gemeindeaufgabe «reserviert». Dies geschieht entweder dadurch, dass die Aufwände und Erträge, die in einem bestimmten Aufgabenbereich anfallen, über die Spezialfinanzierung abgewickelt werden. In diesen Fällen ergänzt die Spezialfinanzierung regelmässig eine Sonderrechnung (so beim Tierpark, bei der Stadtentwässerung, beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und bei Entsorgung + Recycling). Oder aber die Spezialfinanzierung dient der Vorfinanzierung von zukünftigen Investitionen (wie zum Beispiel die Spezialfinanzierungen für Schulbauten sowie Eis und Wasser).

Bilanzüberschuss

Der Bilanzüberschuss ist das verfügbare Eigenkapital im Allgemeinen Haushalt. Es wird aus Ertragsüberschüssen der Jahresrechnung gebildet. Diese Reserven sind (im Gegensatz zu den in Spezialfinanzierungen enthaltenen Mitteln) nicht zweckgebunden und können zur Deckung allfälliger Aufwandüberschüsse verwendet werden.

Cashflow

Unter Cashflow versteht man den Nettozufluss oder den Nettoabfluss von liquiden Mitteln (erarbeitete Mittel), die der Eigenfinanzierung von Investitionen und der Verbesserung der Eigenkapitalbasis dienen.

Transferaufwand und -ertrag

Beim Transferaufwand und -ertrag handelt es sich um Geldflüsse zwischen einem Gemeinwesen und Dritten, die eine öffentliche Aufgabe ganz oder teilweise übernehmen. Dazu gehören Geldflüsse zwischen dem Kanton und der Stadt Bern (z.B. Finanz- und Lastenausgleich) oder Beiträge der Stadt Bern an Private (z. B. Vereine aus dem Kultur-, Schul- oder Sozialbereich).

Das Wichtigste auf einen Blick

Die Stadt Bern legt ihren Stimmberechtigten ein leicht defizitäres Budget für das Jahr 2018 vor. Bei einem Defizit von 1,1 Millionen Franken halten sich Aufwand und Ertrag mit rund 1,225 respektive 1,224 Milliarden Franken ungefähr die Waage. Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs bleibt die städtische Finanzlage dennoch angespannt. Die Steueranlage liegt daher unverändert bei 1,54.

Dank Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum sowie Ausgabendisziplin und einer ganzen Reihe von Sparpaketen präsentiert sich die städtische Finanzlage heute stabil. Während noch zur Jahrtausendwende ein grosser Bilanzfehlbetrag zu verzeichnen war, kann die Stadt heute einen Bilanzüberschuss ausweisen. Zudem ist es ihr gelungen, mit Überschüssen aus den Jahresrechnungen 2014 bis 2016 neue Spezialfinanzierungen zu äufnen und ihre Eigenkapitalbasis auf diese Weise zusätzlich zu stärken. Damit verfügt die Stadt wieder über mehr finanziellen Spielraum.

Leicht defizitäres Budget

Bei unveränderter Steueranlage von 1,54 weist das Budget 2018 einen Aufwand von rund 1,225 Milliarden Franken und einen Ertrag von rund 1,224 Milliarden Franken auf. Dies führt zu einem Aufwandüberschuss von 1,1 Millionen Franken. Per Ende 2018 beträgt der Bilanzüberschuss der Stadt Bern 103,2 Millionen Franken.

Mehr Steuereinnahmen

Zum höheren Ertrag gegenüber 2017 tragen insbesondere die steigenden Steuereinnahmen bei. Sie sind um 22,1 Millionen Franken höher budgetiert als im Vorjahr. Bei den natürlichen Personen werden Mehreinnahmen von 14,1 Millionen Franken erwartet, bei den juristischen Personen solche von 11,6 Millionen Franken.

Höhere Ausgaben

Bedingt durch neue Aufgaben und Leistungsausbau in der Verwaltung steigt 2018 der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Millionen Franken. Auch der Sach- und Betriebsaufwand ist um 5,7 Millionen Franken höher veranschlagt. Belastet wird das Budget 2018 ausserdem durch eine um 6,3 Millionen Franken geringere Gewinnausschüttung von Energie Wasser Bern. 25,1 Millionen Franken mehr machen schliesslich die Transferaufwände aus. Besonders ins Gewicht fallen dabei die um 7,5 Millionen Franken höheren Ausgleichsleistungen an den Kanton für den Disparitätenabbau Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs.

Weiterhin Ausgabendisziplin nötig

Auf die Stadt kommen in den nächsten Jahren überdurchschnittlich hohe Investitionskosten zu. Im Investitionsbudget 2018 sind für diesen Zweck 150,2 Millionen Franken eingestellt. Diese Kosten kann die Stadt nicht vollständig selbst finanzieren, weshalb von einem Schuldenzuwachs um rund 50 Millionen Franken auszugehen ist. Auch künftig werden daher Ausgabendisziplin und weitere Sparanstrengungen nötig sein, um den Finanzhaushalt der Stadt Bern im Gleichgewicht zu halten.



Abstimmungsempfehlung des Stadtrats

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Vorlage anzunehmen.

Die Ausgangslage

Der Finanzhaushalt der Stadt Bern hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt: Nach dem Abbau aufgelaufener Bilanzfehlbeträge aus früheren Jahren konnte per 2018 ein Bilanzüberschuss von 103,2 Millionen Franken aufgebaut werden.

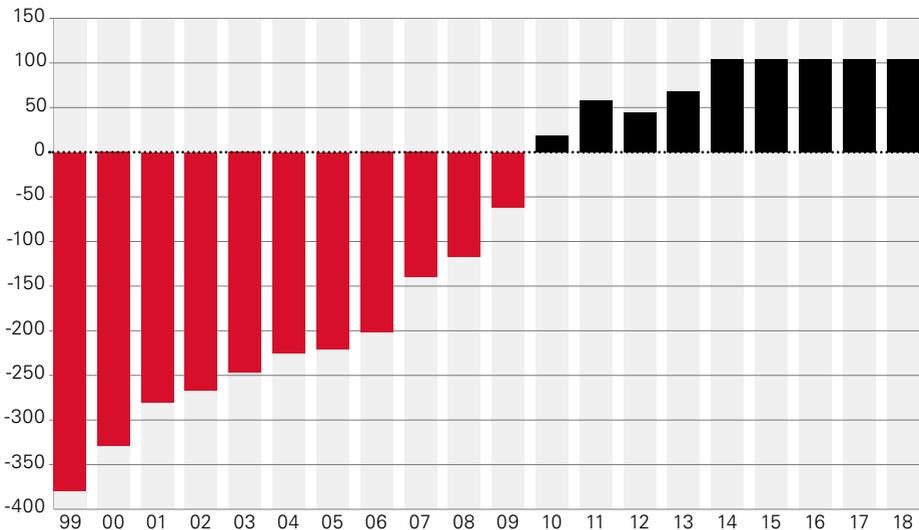
Um die Jahrtausendwende befand sich die Stadt Bern in einer äusserst schlechten Finanzlage. In dieser Phase schrieb die Bundesstadt über mehrere Jahre Haushaltsdefizite. Die Folge davon war, dass der Bilanzfehlbetrag und die Schulden stetig anstiegen. 1999 erreichte der Bilanzfehlbetrag mit 370,9 Millionen Franken seinen höchsten Stand. Seither hat sich die Situation stark verbessert: Die Stadt Bern schaffte es, die Altlasten mit einer ganzen Reihe von Sparmassnahmen Schritt für Schritt abzubauen. 2010 konnte der Bilanzfehlbetrag schliesslich vollständig ausgeglichen werden. Auch in den folgenden Jahren konnten die städtischen Finanzen weiter stabilisiert werden. Dank regelmässig guten Abschlüssen weist die Stadt Bern mittlerweile einen Bilanzüberschuss von 103,2 Millionen Franken aus.

Stärkung der Eigenkapitalbasis durch neue Spezialfinanzierungen

Seit 2014 hat der Stadtrat die reglementarischen Grundlagen für drei neue Spezialfinanzierungen (siehe Fachbegriffe) geschaffen: die Spezialfinanzierungen für Schulbauten, für Eis und Wasser sowie für den Primatwechsel bei der Personalvorsorgekasse. Sie wurden seither mit Ertragsüberschüssen aus den Jahresrechnungen 2014–2016 geäufnet. Mittlerweile sind insgesamt 137 Millionen Franken eingelegt. Diese Mittel sind zur Erfüllung der reglementarisch umschriebenen öffentlichen Aufgaben reserviert und werden dem Eigenkapital zugeordnet.

Entwicklung der Stadtfinanzen

Bilanzfehlbeträge respektive Bilanzüberschüsse zwischen 1999 und 2018 in Millionen Franken



Das Budget 2018 im Überblick

Das Budget 2018 der Stadt Bern sieht Aufwände von 1,225 Milliarden und Erträge von 1,224 Milliarden Franken vor und präsentiert sich damit leicht defizitär – dies bei einer unveränderten Steueranlage von 1,54. Aufgrund der geplanten Investitionen ist mit einem Schuldenzuwachs von 50 Millionen Franken zu rechnen.

Höhere Erträge

Massgeblich zu den steigenden Erträgen tragen die höher budgetierten Steuereinnahmen bei. Sie sind um insgesamt 22,1 Millionen Franken höher veranschlagt als im Vorjahr, wobei die Steuererträge von natürlichen Personen um 14,1 Millionen Franken steigen, diejenigen der juristischen Personen um 11,6 Millionen Franken. Bei der Grundstückgewinnsteuer sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuer sind hingegen weniger Einnahmen zu erwarten. Im Budget 2018 fallen weiter höhere Entgelte von 10,5 Millionen Franken an. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass das kantonale Amt für Sozialversicherungen die Verbilligung der Krankenkassenprämien für Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügler neu dem städtischen Sozialamt und nicht wie bis anhin direkt den Krankenkassen ausbezahlt. Dieser Systemwechsel hat zwar höhere Erträge zur Folge, bewirkt aber auf der anderen Seite auch höhere Ausgaben im gleichen Umfang und ist damit erfolgsneutral.

Belastende Faktoren

Um 3,8 Millionen Franken höher budgetiert als im Vorjahr ist der Personalaufwand. Dies ist bedingt durch neue Aufgaben und Leistungsaus-

bau in der Stadtverwaltung. Rund 35 neue Stellen sind eingeplant, gleichzeitig werden aber auch rund 17 Stellen abgebaut. Der Sach- und Betriebsaufwand ist im Budget 2018 um 5,7 Millionen Franken höher veranschlagt als 2017. Die Abweichung ist hauptsächlich auf Mehrkosten bei den externen Honoraren (plus 2 Millionen Franken) und beim baulichen Unterhalt (plus 2,7 Millionen Franken) zurückzuführen. Belastet wird das Budget 2018 weiter durch eine um voraussichtlich 6,3 Millionen Franken geringere Gewinnausschüttung von Energie Wasser Bern. 25,1 Millionen Franken mehr machen die Transferaufwände aus. Besonders ins Gewicht fallen dabei die um 7,5 Millionen Franken höheren Ausgleichsleistungen an den Kanton für den Disparitätenabbau Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs. In den 25,1 Millionen Franken enthalten sind auch die höheren Kosten aufgrund des Systemwechsels bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern (siehe vorangehenden Abschnitt).

Mehrstufige Erfolgsrechnung

Auf der Stufe der betrieblichen Tätigkeit resultiert in der Erfolgsrechnung (siehe übernächste



Seite) ein Defizit von 43,6 Millionen Franken. Dieses wird weitgehend kompensiert durch das Ergebnis aus der Finanzierung, bei der für das Jahr 2018 mit einem Überschuss von 35,5 Millionen Franken gerechnet wird. Der Überschuss ist hauptsächlich auf die Verzinsung der städtischen Beteiligungen und die anhaltend günstigen Zinskonditionen für langfristige Verbindlichkeiten zurückzuführen. Es resultiert schliesslich ein operatives Ergebnis von -8,1 Millionen Franken. Kompensiert wird es durch ausserordentliche Erträge im Umfang von 7 Millionen Franken (z. B. Entnahme aus Spezialfinanzierungen), was unter dem Strich zu einem leichten Defizit von 1,1 Millionen Franken im Budget 2018 führt.

Schulden nehmen zu

Auf die Stadt Bern kommen in den nächsten Jahren hohe Investitionen zu. Im Investitionsbudget 2018 sind für diesen Zweck 150,2 Millionen Franken eingeplant (siehe auch Kapitel «Ausblick und Finanzplan 2019–2021»). Die höchsten Investitionskosten fallen in den Bereichen Hochbau (51,6 Millionen Franken für In-

standsetzungen sowie 55,7 Millionen Franken für Neuinvestitionen) und Tiefbau/Stadtplanung/Verkehr (31,6 Millionen Franken) an. Diese Investitionen kann die Stadt nicht vollständig selbst finanzieren. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt lediglich 45,6 Prozent, weshalb für das Budgetjahr 2018 mit einem Schuldenzuwachs von 50 Millionen Franken gerechnet wird. Angesichts der auch in den darauffolgenden Jahren nötigen hohen Investitionen wird die Verschuldung voraussichtlich weiter zunehmen.

Keine Steuersenkung

Eine parlamentarische Motion aus dem Jahr 2011 verlangt eine moderate Steuersenkung – und zwar spätestens zwei Jahre nach einer Eigenkapitalbildung von 100 Millionen Franken. Obschon das Eigenkapital bereits seit 2014 konstant bei knapp über 100 Millionen Franken liegt, kann die Motion aufgrund der hohen Investitionen in den kommenden Jahren und der damit verbundenen Folgekosten nicht umgesetzt werden. Der Stadtrat hat die Motion daher abgeschrieben.

Finanzlage des Allgemeinen Haushalts (in Franken)

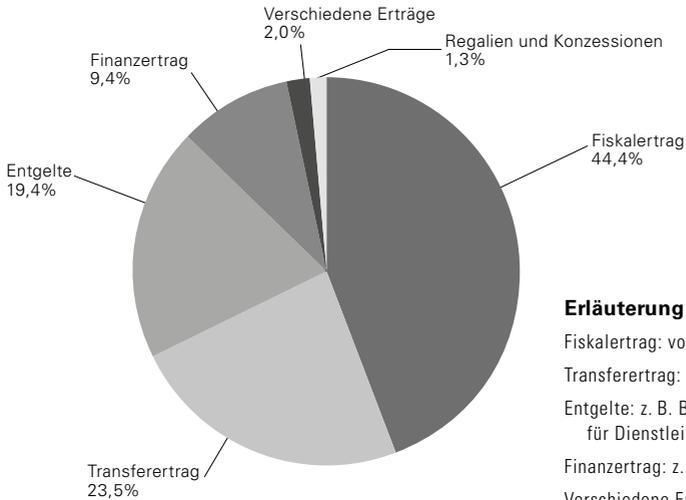
| | 2018 | 2017 |
|--------------------------------------------------------|------------------|------------------|
| Aufwand | 1 225 445 133.79 | 1 192 465 162.81 |
| Ertrag | 1 224 365 133.79 | 1 192 465 162.81 |
| Ergebnis | - 1 080 000.00 | 0.00 |
| Cashflow (siehe Fachbegriffe) | 54 234 477.24 | 57 236 465.98 |
| Investitionen | 150 176 000.00 | 126 661 886.00 |
| Kürzung erwarteter Realisierungsgrad der Investitionen | 31 299 527.00 | 0.00 |
| Finanzierungsfehlbetrag | - 64 641 995.76 | - 69 425 420.02 |

Mehrstufige Erfolgsrechnung Allgemeiner Haushalt

| | Budget 2018 | Budget 2017 | Differenz |
|---------------------------------------------|-------------------------|-------------------------|------------------------|
| Total Betrieblicher Aufwand | 1 175 690 213.78 | 1 132 937 205.18 | 42 753 008.60 |
| 30 Personalaufwand | 311 415 179.32 | 307 640 515.80 | 3 774 663.52 |
| 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand | 133 701 919.39 | 127 998 943.39 | 5 702 976.00 |
| 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen | 62 358 556.84 | 60 530 657.16 | 1 827 899.68 |
| 35 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierungen | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| 36 Transferaufwand | 515 524 596.94 | 490 427 956.50 | 25 097 640.44 |
| 37 Durchlaufende Beiträge | 2 225 100.00 | 2 078 100.00 | 147 000.00 |
| 39 Interne Verrechnungen | 150 464 861.29 | 144 261 032.33 | 6 203 828.96 |
| Total Betrieblicher Ertrag | 1 132 101 663.01 | 1 100 736 709.48 | 31 364 953.53 |
| 40 Fiskalertrag | 515 221 000.00 | 493 111 000.00 | 22 110 000.00 |
| 41 Regalien und Konzessionen | 15 672 500.00 | 15 791 500.00 | - 119 000.00 |
| 42 Entgelte | 161 131 081.81 | 150 588 671.07 | 10 542 410.74 |
| 43 Verschiedene Erträge | 3 206 473.00 | 3 973 281.30 | - 766 808.30 |
| 45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierungen | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| 46 Transferertrag | 284 180 646.91 | 290 933 124.78 | - 6 752 477.87 |
| 47 Durchlaufende Beiträge | 2 225 100.00 | 2 078 100.00 | 147 000.00 |
| 49 Interne Verrechnungen | 150 464 861.29 | 144 261 032.33 | 6 203 828.96 |
| Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit | - 43 588 550.77 | - 32 200 495.70 | - 11 388 055.07 |
| 34 Finanzaufwand | 45 920 726.15 | 47 892 593.33 | - 1 971 867.18 |
| 44 Finanzertrag | 81 385 197.32 | 76 798 897.85 | 4 586 299.47 |
| Ergebnis aus Finanzierung | 35 464 471.17 | 28 906 304.52 | 6 558 166.65 |
| Operatives Ergebnis | - 8 124 079.60 | - 3 294 191.18 | - 4 829 888.42 |
| 38 Ausserordentlicher Aufwand | 3 834 193.86 | 11 635 364.30 | - 7 801 170.44 |
| 48 Ausserordentlicher Ertrag | 10 878 273.46 | 14 929 555.48 | - 4 051 282.02 |
| Ausserordentliches Ergebnis | 7 044 079.60 | 3 294 191.18 | 3 749 888.42 |
| Aufwandüberschuss | - 1 080 000.00 | 0.00 | - 1 080 000.00 |
| Zusammenfassung | | | |
| 30–39 Total Aufwand | 1 225 445 133.79 | 1 192 465 162.81 | 32 979 970.98 |
| 40–49 Total Ertrag | 1 224 365 133.79 | 1 192 465 162.81 | 31 899 970.98 |
| Aufwandüberschuss | - 1 080 000.00 | 0.00 | - 1 080 000.00 |

Woher das Geld kommt¹

Budget 2018



Erläuterung

Fiskalertrag: vor allem Steuerertrag

Transferertrag: z. B. Lastenausgleich Sozialhilfe

Entgelte: z. B. Benützungsgebühren und Entgelte für Dienstleistungen

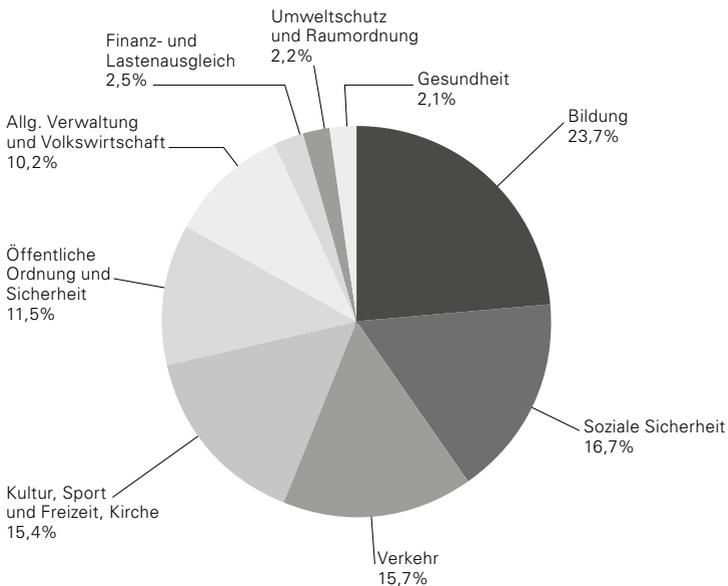
Finanzertrag: z. B. Zinsertrag

Verschiedene Erträge: z. B. Entnahmen aus Spezialfinanzierungen

Regalien und Konzessionen: z. B. Spezialnutzung öffentlicher Raum

Wohin das Geld geht¹

Budget 2018



¹ Werte des Allgemeinen Haushalts und der Sonderrechnungen konsolidiert

Die Globalbudgets der Direktionen

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben budgetieren die städtischen Direktionen 2018 höhere Nettokosten als im letzten Jahr. Mehraufwände entstehen insbesondere durch neue Stellen und zusätzliche Verwaltungsaufgaben. Diese werden namentlich kompensiert durch höhere Steuererträge.

| (Negativbeträge in den Budgetspalten sind Nettoerträge) | Budget 2018 | Budget 2017 | Differenz |
|---------------------------------------------------------|----------------------|----------------------|---------------------|
| Gemeinde und Behörden | 13 609 390.66 | 12 155 773.42 | 1 453 617.24 |
| Stadtrat | 1 924 748.77 | 1 913 233.70 | 11 515.07 |
| Ombudsstelle | 417 931.92 | 377 472.83 | 40 459.09 |
| Gemeinderat | 3 714 258.15 | 3 164 987.35 | 549 270.80 |
| Stadtkanzlei | 6 401 143.82 | 5 548 771.33 | 852 372.49 |
| Informationsdienst | 1 151 308.00 | 1 151 308.21 | -0.21 |

Gemeinde und Behörden budgetieren im Vergleich zum Vorjahr höhere Nettokosten von 1,5 Millionen Franken. Sie sind vor allem auf Mehrkosten beim Gemeinderat und bei der Stadtkanzlei zurückzuführen. Beim Gemeinderat ist die Zunahme in erster Linie bedingt durch eine Erhöhung der Beiträge an Dritte, hauptsächlich für das Politforum Käfigturm. Hinzu kommen leicht höhere Repräsentationskosten. Bei der Stadtkanzlei ist die Kostenzunahme auf die zu-

nehmenden Aufgaben im Bereich E-Government und auf den Umstand zurückzuführen, dass 2018 kantonale Wahlen stattfinden, während 2017 kein Wahljahr war. Die Mehrkosten bei der Ombudsstelle sind bedingt durch die Erweiterung mit einer neuen Meldestelle für Whistleblowing. Beim Stadtrat fallen höhere Nettokosten für Entschädigungen und Sitzungsgelder an. Der Informationsdienst budgetiert ausgeglichen.

| (Negativbeträge in den Budgetspalten sind Nettoerträge) | Budget 2018 | Budget 2017 | Differenz |
|---------------------------------------------------------|----------------------|----------------------|---------------------|
| Präsidialdirektion | 53 862 351.30 | 52 352 669.82 | 1 509 681.48 |
| Direktionsstabsdienste und Gleichstellung | 3 972 013.15 | 3 755 239.61 | 216 773.54 |
| Kultur Stadt Bern | 36 400 546.48 | 35 203 627.18 | 1 196 919.30 |
| Denkmalpflege | 892 111.59 | 901 016.88 | -8 905.29 |
| Aussenbeziehungen und Statistik | 1 928 875.22 | 1 914 757.52 | 14 117.70 |
| Hochbau Stadt Bern | 3 270 121.54 | 3 250 208.67 | 19 912.87 |
| Bauinspektorat | 1 741 541.60 | 1 732 127.09 | 9 414.51 |
| Stadtplanungsamt | 5 657 141.72 | 5 595 692.87 | 61 448.85 |

Die **Präsidialdirektion** weist im Vergleich zum Vorjahr höhere Nettokosten von 1,5 Millionen Franken aus. Diese Zunahme ist hauptsächlich bedingt durch höhere Kosten der Abteilung Kultur Stadt Bern. Mehrkosten generieren insbe-

sondere eine zusätzliche Stelle für Kommunikation, die Umsetzung der Kulturstrategie, die Inventarisierung und das Zugänglichmachen der Kunst im öffentlichen Raum, höhere Beiträge an die Sammlungsaufbereitung des Historischen

Museums und höhere Abschreibungen bei der Sanierung des Stadttheaters. Die Hauptabweichungen innerhalb der Direktionsstabsdienste und der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann ergeben sich aus der Budgetierung einer zusätzlichen Lehrstelle Fachfrau/-mann Information und Dokumentation, aus erhöhten Kosten für den digitalisierten Unterricht, aus dem Wegfall von Beiträgen Dritter bei den

Zentralen Diensten sowie aus dem Aufbau des neuen Themenschwerpunkts LGBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle) bei der Fachstelle für Gleichstellung. Leichte Mehrkosten budgetieren auch das Stadtplanungsamt, die Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik, Hochbau Stadt Bern sowie das Bauinspektorat. Minderkosten budgetiert die Denkmalpflege.

| (Negativbeträge in den Budgetspalten sind Nettoerträge) | Budget 2018 | Budget 2017 | Differenz |
|---------------------------------------------------------|----------------------|----------------------|---------------------|
| Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie | 73 568 203.08 | 66 145 886.26 | 7 422 316.82 |
| Direktionsstabsdienste | 10 093 951.69 | 9 984 817.80 | 109 133.89 |
| Kantonspolizei | 31 926 784.00 | 31 946 474.00 | - 19 690.00 |
| Amt für Umweltschutz | 4 965 258.91 | 5 143 161.56 | - 177 902.65 |
| Polizeiinspektorat | 6 350 682.44 | 5 277 063.96 | 1 073 618.48 |
| Sanitätspolizei (durch Kanton finanziert) | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt | 21 203 081.23 | 21 027 245.63 | 175 835.60 |
| Wirtschaftsamt | 1 850 486.05 | 1 837 996.55 | 12 489.50 |
| Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz | 13 377 958.76 | 13 429 126.76 | - 51 168.00 |
| Energie Wasser Bern (ewb) | - 16 200 000.00 | - 22 500 000.00 | 6 300 000.00 |

Die **Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie** budgetiert im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Millionen Franken höhere Nettokosten. Die grössten Abweichungen verzeichnen Energie Wasser Bern sowie das Polizeiinspektorat. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen im energiewirtschaftlichen Umfeld fällt die Gewinnausschüttung von Energie Wasser Bern bedeutend tiefer aus als im Vorjahr. Beim Polizeiinspektorat fallen vor allem die Mehraufwände im Zusammenhang mit der erhöhten Migration ins Gewicht. Auch die Beurteilung von Gesuchen für Grossveranstaltungen und politische heikle Events mit allfälligen Sicherheitsvorkeh-

rungen verursachen zusätzliche Kosten. Durch eine neu geschaffene Stelle im Contact Center sind schliesslich die Personalkosten höher als im Vorjahr. Höhere Nettokosten weisen die Abteilung Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt (Ersatzbeschaffungen von Einsatzmitteln und Einsatzfahrzeugen), die Direktionsstabsdienste (mehr Personal- und Sachkosten) und das Wirtschaftsamt (tiefere Einnahmen aus Verträgen mit strategischen Partnern) aus. Minderkosten budgetieren das Amt für Umweltschutz und das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz. Tiefere Kosten fallen auch für die Leistungen der Kantonspolizei an.

(Negativbeträge in den Budgetspalten sind Nettoerträge)

| | Budget 2018 | Budget 2017 | Differenz |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|-----------------------|----------------------|
| Direktion für Bildung, Soziales und Sport | 263 851 299.78 | 252 298 626.49 | 11 552 673.29 |
| Direktionsstabsdienste, Koordinationsstelle Sucht und Kompetenzzentrum Integration | -59 138 663.60 | -63 403 649.40 | 4 264 985.80 |
| Sozialamt | 101 486 778.76 | 102 586 455.14 | -1 099 676.38 |
| Schulamt | 106 270 462.04 | 103 231 806.88 | 3 038 655.16 |
| Jugendamt | 45 258 934.19 | 43 925 072.55 | 1 333 861.64 |
| Alters- und Versicherungsamt | 37 508 555.16 | 35 489 382.12 | 2 019 173.04 |
| Schulzahnmedizinischer Dienst | 2 264 195.57 | 2 050 333.47 | 213 862.10 |
| Gesundheitsdienst | 5 521 763.53 | 5 121 113.12 | 400 650.41 |
| Sportamt | 24 679 274.13 | 23 298 112.61 | 1 381 161.52 |

Die **Direktion für Bildung, Soziales und Sport** weist im Vergleich zum Vorjahr höhere Nettokosten von 11,6 Millionen Franken aus. Mit Ausnahme des Sozialamts fallen in allen Abteilungen Mehrkosten an. Die Dienststelle Direktionsstabsdienste, Koordinationsstelle Sucht und Kompetenzzentrum Integration weist gegenüber dem Vorjahr einen tieferen Nettoerlös aus. Dieser ist hauptsächlich auf den Lastenausgleich Sozialhilfe zurückzuführen. Die steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie höhere Lektionenzahlen durch den Lehrplan 21 erhöhen die Kosten für das Schulamt (Gehälter für Lehrpersonen sowie Miet- und Nebenkosten für Schulräume). Zusätzliche Aufwände fallen auch in der Kulturvermittlung und der Kulturpädagogik an.

Beim Jugendamt sind unter anderem Kosten für den Betrieb und die Miete des Jugendraums Nägeligasse eingestellt, zudem erhöhen sich die Kosten für die Betreuungsgutscheine. Die Mehrkosten des Alters- und Versicherungsamts sind vor allem auf die Einlage in die Spezialfinanzierung Pflegeheim Kühlewil zurückzuführen. Aufgrund der steigenden Zahl an Schülerinnen und Schülern budgetieren auch der Schulzahnmedizinische Dienst und der Gesundheitsdienst im Bereich der schulärztlichen Leistungen höhere Nettokosten. Ebenso weist das Sportamt höhere Nettokosten aus (zum Beispiel zufolge der nach einem Heimfall übernommenen Raum- und Nebenkosten für das Stadion Neufeld).

| (Negativbeträge in den Budgetspalten sind Nettoerträge) | Budget 2018 | Budget 2017 | Differenz |
|---------------------------------------------------------|-----------------------|-----------------------|---------------------|
| Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün | 115 638 001.59 | 112 246 863.69 | 3 391 137.90 |
| Direktionsstabsdienste | 39 867 856.61 | 38 535 117.36 | 1 332 739.25 |
| Tiefbauamt | 46 404 576.45 | 46 354 998.52 | 49 577.93 |
| Stadtgrün Bern | 20 495 234.46 | 20 282 874.57 | 212 359.89 |
| Vermessungsamt | 1 688 176.74 | 1 775 152.40 | -86 975.66 |
| Verkehrsplanung | 7 182 157.33 | 5 298 720.84 | 1 883 436.49 |

Die **Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün** weist im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Millionen Franken höhere Nettokosten aus. Diese Zunahme ist hauptsächlich bedingt durch höhere Kosten bei den Direktionsstabsdiensten und bei der Verkehrsplanung. Beim Stabsdienst der Direktion sind die Mehrkosten verursacht durch den höheren Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr, bei der Verkehrsplanung

durch die Massnahmen zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. Mehrkosten fallen bei Stadtgrün Bern an (mehr Unterhalt und höhere Abschreibungen), Mindereinnahmen beim Tiefbauamt (unter anderem weniger Parkgebühren durch die Aufhebung der Parkplätze Schützenmatte). Minderkosten budgetiert das Vermessungsamt.

| (Negativbeträge in den Budgetspalten sind Nettoerträge) | Budget 2018 | Budget 2017 | Differenz |
|---------------------------------------------------------|-------------------------|-------------------------|------------------------|
| Direktion für Finanzen, Personal und Informatik | - 519 449 245.44 | - 495 199 819.86 | - 24 249 425.58 |
| Direktionsstabsdienste und Fachstelle Beschaffungswesen | 2 222 593.93 | 1 848 173.52 | 374 420.41 |
| Finanzverwaltung | - 29 267 499.22 | - 27 471 677.12 | - 1 795 822.10 |
| Immobilien Stadt Bern | 2 869 033.22 | 3 274 993.73 | - 405 960.51 |
| Steuerverwaltung | - 500 734 680.84 | - 478 656 705.72 | - 22 077 975.12 |
| Personalamt | 4 899 436.99 | 4 810 678.32 | 88 758.67 |
| Informatikdienste | - 401 839.77 | 458 000.00 | - 859 839.77 |
| Logistik Bern | - 184 210.11 | - 576 220.79 | 392 010.68 |
| Finanzinspektorat | 1 147 920.36 | 1 112 938.20 | 34 982.16 |

Die **Direktion für Finanzen, Personal und Informatik** budgetiert im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche Nettoerlöse von 24,2 Millionen Franken. Diese sind insbesondere zurückzuführen auf höhere Steuererträge natürlicher und juristischer Personen. Die Finanzverwaltung erwartet einen höheren Nettoerlös bei der Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung. Mehrausgaben budgetieren die Direktionsstabsdienste und Fachstelle Beschaffungswesen (höhere Informatik-, steigende Personalkosten), das Perso-

nalamt (unter anderem Dienstleistungen für die Sensibilisierung für Menschen mit einer Behinderung), Logistik Bern (Übernahme der städtischen Kuriere und Schaffung einer Stelle für das Flottenmanagement) und das Finanzinspektorat (weniger Erträge, weil 2018 keine verrechenbaren Dienststellenrevisionen stattfinden). Mit geringeren Nettokosten rechnen Immobilien Stadt Bern (Entwurmungsgewinne) und die Informatikdienste.

Die Sonderrechnungen

Die vier städtischen Sonderrechnungen schliessen 2018 insgesamt mit einem schlechteren Ergebnis ab als im Vorjahr. Die Differenz beträgt rund 2,1 Millionen Franken.

| (Negativbeträge in den Budgetspalten sind Nettoerträge) | Budget 2018 | Budget 2017 | Differenz |
|---------------------------------------------------------|------------------|-----------------------|---------------------|
| Sonderrechnungen | 83 334.94 | - 2 028 084.20 | 2 111 419.14 |
| Tierpark | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| Entnahme aus (-) / Einlage in Spezialfinanzierung | 300 000.00 | 300 000.00 | 0.00 |
| Stadtentwässerung | -38 704.62 | -608 938.08 | 570 233.46 |
| Entnahme aus (-) / Einlage in Spezialfinanzierung | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| Entnahme aus (-) / Einlage in Spezialfinanzierung | 7 890 747.18 | - 787 882.71 | 8 678 629.89 |
| Entsorgung + Recycling | 122 039.56 | - 1 419 146.12 | 1 541 185.68 |
| Entnahme aus (-) / Einlage in Spezialfinanzierung | 0.00 | 0.00 | 0.00 |

Die **Sonderrechnungen** weisen im Vergleich zum Vorjahr ein um 2,1 Millionen Franken schlechteres Ergebnis aus. Für die Sonderrechnung Tierpark wird bei einer Einlage von 300 000 Franken in die Spezialfinanzierung ein ausgeglichenes Ergebnis budgetiert. Die Sonderrechnung Stadtentwässerung weist 2018 ein positives Ergebnis von 39 000 Franken aus, was im Vergleich zum Vorjahr zu einem um 570 000 Franken schlechteren Ergebnis führt. Beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik wird das ausgeglichene Ergebnis mit einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik von 7,9 Millionen Franken ebenfalls erreicht. Die Sonderrechnung Entsor-

gung + Recycling budgetiert im Jahr 2018 einen Aufwandüberschuss von 122 000 Franken. Dieser ist auf die Gebührensenkung im Jahr 2016 zurückzuführen, die zu einer gewollten Reduktion des Eigenkapitals führt. Die Sonderrechnungen Tierpark und Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik gleichen ihr Ergebnis jeweils vor dem Rechnungsergebnis mit einer Entnahme aus oder einer Einlage in die Spezialfinanzierung aus. Die Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Entsorgung + Recycling sind gebührenfinanziert und dürfen keine Steuergelder verwenden. Sie übertragen Aufwand- beziehungsweise Ertragsüberschüsse auf ihr Eigenkapital.

Ausblick und Finanzplan 2019–2021

Leistungsausbau und neue Verwaltungsaufgaben sowie hohe Investitionskosten werden die Finanzen der Stadt Bern weiterhin belasten. Es ist daher mit einem weiteren Schuldenzuwachs zu rechnen. Ausgabendisziplin und weitere Sparanstrengungen sind deshalb auch in den kommenden Jahren nötig.

Zwar verfügt die Stadt Bern per Ende 2018 voraussichtlich über einen Bilanzüberschuss von 103,2 Millionen Franken. Dennoch bleibt die Finanzlage aufgrund des hohen Investitionsbedarfs auch künftig angespannt.

Wachsende Kosten

In den nächsten drei Jahren ist mit einem Kostenwachstum für neue Aufgaben und für den Leistungsausbau in der Stadtverwaltung zu rechnen. Auf der Basis des Produktgruppenbudgets 2017 gehen die Planzahlen von folgendem Kostenwachstum aus:

2019: 10,9 Millionen Franken

2020: 14,1 Millionen Franken

2021: 15,0 Millionen Franken

Der Finanzplan 2019–2021 (siehe nächste Seite) sieht bei unveränderter Steueranlage von 1,54 folgende Defizite im Allgemeinen Haushalt vor:

2019: 4,6 Millionen Franken

2020: 20,1 Millionen Franken

2021: 28,0 Millionen Franken

Die Stadt Bern wird rechtzeitig die nötigen Massnahmen einleiten, um ein ausgeglichenes Budget 2019 vorlegen zu können.

Hoher Investitionsbedarf

Die Tabelle unten zeigt den hohen Investitionsbedarf der Stadt Bern. Aufgeführt sind das Investitionsbudget 2018 sowie die geplanten Investitionen für die drei darauffolgenden Jahre. Die höchsten Investitionskosten fallen in den Bereichen Hochbau (Instandsetzungen und Neuinvestitionen) sowie Tiefbau/Stadtplanung/Verkehr an. Bei einem Grossteil der Projekte liegt indes weder eine Kreditbewilligung noch eine Baubewilligung vor, sodass grosse Planungsunsicherheiten bestehen.

| Investitionsbereiche | Investitionsbudget 2018 | Planjahr 2019 | Planjahr 2020 | Planjahr 2021 |
|----------------------------------|-------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Tiefbau / Stadtplanung / Verkehr | 31 568 000 | 41 730 000 | 53 916 000 | 43 310 000 |
| Hochbau (Instandsetzungen) | 51 558 580 | 84 851 660 | 89 408 710 | 89 310 270 |
| Hochbau (Neuinvestitionen) | 55 679 420 | 61 345 340 | 65 256 290 | 68 274 730 |
| Grünanlagen / Grünraumgestaltung | 3 000 000 | 3 600 000 | 3 600 000 | 3 600 000 |
| Fahrzeuge / Maschinen / Mobiliar | 2 595 000 | 3 605 000 | 3 880 000 | 3 105 000 |
| Informatik | 5 775 000 | 6 012 000 | 5 413 000 | 3 597 000 |
| Übrige Investitionen | 0 | 0 | 3 500 000 | 3 500 000 |
| Total Investitionen | 150 176 000 | 201 144 000 | 224 974 000 | 214 697 000 |

Finanzplan 2019–2021

| Entwicklung Allgemeiner Haushalt Mehrstufige Erfolgsrechnung mit Steueranlage 1,54 | Planjahr 2019 | Planjahr 2020 | Planjahr 2021 |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| Aufwand | 1 209 805 312 | 1 193 453 031 | 1 209 025 216 |
| 30 Personalaufwand | 347 582 473 | 306 927 718 | 311 708 899 |
| 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand | 133 605 202 | 134 792 421 | 134 447 030 |
| 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen | 66 721 397 | 78 992 332 | 82 333 207 |
| 35 Einlagen in Fonds / Spezialfinanzierungen | 0 | 0 | 0 |
| 36 Transferaufwand | 515 366 360 | 521 278 530 | 525 745 252 |
| 37 Durchlaufende Beiträge | 2 070 000 | 2 070 000 | 2 070 000 |
| 39 Interne Verrechnungen | 144 459 881 | 149 392 030 | 152 720 828 |
| Ertrag | 1 127 134 479 | 1 135 232 804 | 1 143 390 396 |
| 40 Fiskalertrag | 522 300 000 | 525 900 000 | 529 500 000 |
| 41 Regalien und Konzessionen | 15 654 333 | 15 615 989 | 15 617 407 |
| 42 Entgelte | 154 106 530 | 153 629 034 | 154 565 567 |
| 43 Verschiedene Erträge | 3 929 606 | 3 846 606 | 3 894 606 |
| 45 Entnahmen aus Fonds / Spezialfinanzierungen | 0 | 0 | 0 |
| 46 Transferertrag | 284 614 129 | 284 779 143 | 285 021 987 |
| 47 Durchlaufende Beiträge | 2 070 000 | 2 070 000 | 2 070 000 |
| 49 Interne Verrechnungen | 144 459 881 | 149 392 030 | 152 720 828 |
| Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit | - 82 670 833 | - 58 220 228 | - 65 634 820 |
| 34 Finanzaufwand | 45 767 046 | 46 808 280 | 48 150 134 |
| 44 Finanzertrag | 78 042 565 | 78 507 796 | 78 938 376 |
| Ergebnis aus Finanzierung | 32 275 519 | 31 699 516 | 30 788 242 |
| Operatives Ergebnis | - 50 395 314 | - 26 520 712 | - 34 846 578 |
| 38 Ausserordentlicher Aufwand | 1 708 272 | 1 708 077 | 1 210 651 |
| 48 Ausserordentlicher Ertrag | 47 494 344 | 8 159 604 | 8 056 031 |
| Ausserordentliches Ergebnis | 45 786 072 | 6 451 527 | 6 845 380 |
| Aufwandüberschuss | - 4 609 242 | - 20 069 185 | - 28 001 199 |
| Zusammenfassung | | | |
| 30–39 Total Aufwand | 1 257 280 630 | 1 241 969 388 | 1 258 386 001 |
| 40–49 Total Ertrag | 1 252 671 388 | 1 221 900 203 | 1 230 384 803 |
| Aufwandüberschuss | - 4 609 242 | - 20 069 185 | - 28 001 199 |

Das sagt der Stadtrat

Argumente aus der Stadtratsdebatte

Für die Vorlage

+ Es liegt ein realistisches Budget mit einem Defizit von rund 1 Million Franken vor. Das geplante Ausgabenwachstum ist moderat und stellt sicher, dass die Stadt Bern weiterhin attraktive und qualitativ hochstehende Dienstleistungen für ihre Bevölkerung erbringen kann.

+ Es ist finanzpolitisch sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt auf eine Steuersenkung zu verzichten. Eine Reduktion der Steuereinnahmen gefährdet die Finanzierung des hohen Investitionsbedarfs in den kommenden Jahren und die langfristige Stabilität des städtischen Finanzhaushalts.

+ Die Zunahme der Bevölkerungszahl generiert nicht nur neue Einnahmen, sondern verlangt auch höhere Ausgaben. Angesichts des anhaltenden Wachstums der Stadt ist das geplante Investitionsvolumen gerechtfertigt und ermöglicht eine angemessene Weiterentwicklung der notwendigen Infrastruktur.

Gegen die Vorlage

- Das Budget sieht neue Ausgaben im Umfang von 8 Millionen Franken und einen Leistungsausbau von mehr als 3 Millionen Franken vor. Dieses hohe Wachstum der Konsumausgaben ist nicht gerechtfertigt und könnte durch eine Konzentration auf die wichtigen städtischen Aufgaben vermieden werden.

- Im Budget 2018 wird erneut auf die längst fällige Senkung der Steueranlage verzichtet. Angesichts des hohen Eigenkapitals und der aktuell stabilen Finanzlage der Stadt wäre eine moderate Steuersenkung zum heutigen Zeitpunkt trotz des hohen Investitionsbedarfs möglich und sinnvoll.

- Die geplanten Investitionen von rund 150 Millionen Franken sind angesichts des tiefen Selbstfinanzierungsgrads von 46 Prozent viel zu hoch und führen zu einer weiteren Zunahme der Verschuldung. Die Investitionen im Baubereich könnten durch den Verzicht auf Luxuslösungen deutlich reduziert werden.



Abstimmungsergebnis im Stadtrat

39 Ja
28 Nein
3 Enthaltungen

Das vollständige Protokoll der Stadtratssitzung vom 14.09.2017 ist einsehbar unter www.ris.bern.ch/sitzungen.aspx

Beschluss und Abstimmungsfrage

Beschluss des Stadtrats vom 14. September 2017

1. Der Stadtrat beschliesst das Produktgruppen-Budget 2018 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2018 mit einem Aufwand von Fr. 1 225 445 133.79, einem Ertrag von Fr. 1 224 365 133.79 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 1 080 000.00. Er legt die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest.
2. Er beschliesst das Produktgruppen-Budget 2018 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2018 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 9 611 833.88 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
3. Er beschliesst das Produktgruppen-Budget 2018 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2018 mit einem Aufwand von Fr. 37 116 045.38, einem Ertrag von Fr. 37 154 750.00 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 38 704.62.
4. Er beschliesst das Produktgruppen-Budget 2018 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2018 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 68 500 264.03 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
5. Er beschliesst das Produktgruppen-Budget 2018 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2018 mit einem Aufwand von Fr. 27 270 859.56, einem Ertrag von Fr. 27 148 820.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 122 039.56.

Der Stadtratspräsident:
Dr. Christoph Zimmerli

Der Ratssekretär:
Daniel Weber

Abstimmungsfrage

Wollen Sie das Budget 2018 annehmen?

Haben Sie Fragen zur Vorlage?

Auskunft erteilt die

Finanzverwaltung der
Direktion für Finanzen,
Personal und Informatik
Bundesgasse 33
3011 Bern

Telefon: 031 321 65 80

E-Mail: finanzverwaltung@bern.ch

Hinweis: Die vorliegende Abstimmungsbotschaft beschränkt sich bewusst auf die wichtigsten Positionen des Produktgruppen-Budgets 2018.

Unter **www.bern.ch/finanzen** können Sie sämtliche Detailzahlen einsehen. Vier Wochen vor der Abstimmung liegt zudem beim Empfang an der Bundesgasse 33 ein gedrucktes Exemplar des Produktgruppen-Budgets 2018 auf.

